

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streissel;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Moes;
in Berlin:
A. Klemmer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Sachs & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Danke & Co.

Posener Zeitung.

Dreiundsechzigster

Jahrgang.

W. 83.

Freitag, 8. April

In einer 14 Sgr. die fünfgeschwante Seite oder
dezen Raum. Reklame verhältnismäßig
find an die Erstausgabe zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 7. April. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Großherzoglichen mecklenburgischen Kammerherrn und Rittergutsbesitzer Hrn. v. Laffert auf Schwedow den Roten Adler-Orden 3. Kl. und dem Ordensjüchter Lépore zu Montreuil bei Paris den Kgl. Kronen-Orden 4. Kl. zu verleihen; den Sekonde-Veutenant und Adjutanten im Schlesischen Ulanen-Regimente Nr. 2 Seeger unter dem Namen: "Seeger v. Szczutowiski" in den Adelstand zu erheben; sowie dem praktischen Arzt Dr. Helmentag in Köln den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der mit der Verwaltung der Wegebau-Inspektoratstelle zu Frankfurt a. O. betraute Kgl. Kreis-Baumeister Cochius ist, unter Belassung in diesem Amte, zum Kgl. Bau-Inspektor ernannt worden.

Felix Austria.

Es ist lange her, seitdem von dem österreichischen Herrscherhause der stolze Versus galt:

Bella gerant alii, tu felix Austria nube.

Damals, als der Bestan Desterreichs noch für eine historische Nothwendigkeit galt, hätte Niemand ahnen können, daß es dem Kaiserstaate vorbehalten sei, ein langes Siechthum zu führen, mit dessen Heilung alle Staatskunst sich vergebens abmühen würde.

Mit dem Jahre 1848 trat jener unheimliche Zersetzungssprozeß ein, der, wie von einem innern Gifte veranlaßt, immer weiter um sich greift und jetzt aller politischen Therapie spottet, ob sie nun ihre Mittel auf die Herstellung des Zentralismus oder des Föderalismus richtet.

Ein Ministerium nach dem andern wird zu den Todten geworfen, ohne seine Existenz auch nur mit dem leisen Schein einer segensreichen Thätigkeit umhüllen zu können; der Kranke überdauert seine Ärzte, aber er bleibt krank.

Das Ministerium Hasner geht klang- und sanglos zu seinen Vorgängern, und hinterläßt nichts als den Ruhm unerschütterlicher Chllichkeit, einer Eigenschaft, die für Staatsmänner, um mit Lessing zu sprechen, "verdammt wenig" bedeutet. Es ist am Nothwahlgesetz gescheitert, wie Gisela an der Wahlreform und das Ministerium Taaffe an seinen Ausgleichsbemühungen. Graf Potocki, der gewesene Ackerbauminister, ist beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden, und man darf hoffen, woran wird denn er jeneiern?

Drei Bedingungen hat der Kaiser an die Existenz eines Ministeriums Potocki geknüpft: Direkte Wahlen, Ausgleich der Nationalitäten und Wahrnehmung der deutschen Interessen. Um die ersten durchzuführen, will Graf Potocki den Reichsrath mitamt den Landtagen auflösen, um mit einem neuen Reichsrath, einer "Konstituante", die Verfassungsrevision vorzunehmen. Abgesehen davon, daß diese Prämisse der österreichischen Zukunftspolitik einen unlösbar Widerspruch in sich enthält, — denn was bedeutet sie denn anders, als eine verfassungsmäßige Aufhebung der Verfassung? — läßt sie auch keinen erheblichen Erfolg erwarten. Die direkten Wahlen werden, auch wenn sie von oben her noch so sehr beeinflußt werden, kein anderes als das bisherige Resultat ergeben. Die Czechen werden wieder ihre Deklaranten, die Polen wieder ihre Resolutionisten in die Landtage und den Reichsrath schicken, und das Marken und Feilchen um Konzessionen wird von Neuem beginnen; die Deutschen werden ihre Suprematie schwerlich aus den Händen geben wollen und werden mit aller Energie die Verfassung zu halten suchen; die andern Nationalitäten werden jetzt, da der Austritt ihrer Deputirten aus dem Reichsrath eine neue Krise herbeigeführt hat, mit gesteigerter Bähigkeit an der Forderung der Autonomie festhalten. Dies ist eine Kluft, die wohl auch ein Ministerium Potocki schwerlich überbrücken wird, schon weil in den Voraussetzungen seiner Existenz die unendlich schwierige Aufgabe liegt, das Mittel zu finden, durch welches die "deutschen Interessen" in eine gebedihe Wohlseitigkeit mit den "Ausgleichsforderungen der Nationalitäten" gebracht werden.

Das neue Ministerium wird unzweifelhaft eine föderalistische Schwenkung machen, dafür spricht erstens der Umstand, daß es die zentralistischen Experimente des abgetretenen Ministeriums zu ersehen berufen ist, und dann, daß, wie versichert wird, Graf Beust seine Intentionen teilt. Beust aber hat von je her in dem Kriege föderalistischer Neigungen gestanden und mit den einzelnen Nationalitäten über die Köpfe der abgetretenen Minister hinweg geliebängelt.

Das ungarische Ministerium ist beim Kaiser für das "Bürgerministerium", und das von ihm vertretene Nothwahlgesetz eingetreten, aber ohne Erfolg. Natürlich! Ungarn hat erreicht, was es erstrebt hat; es hat nicht nur sein Interesse an der Herstellung eines zialeithanischen Föderativ-Staats, es muß sogar befürchten, daß dieser wieder den Schwerpunkt der kaiserlichen Regierung von Pesth hinweg nach Cisleithanien zu übersetzen.

Jetzt erst zeigen sich die Nachwelen des Dualismus, denn er war es ganz all-in, der die jeglichen Witzen heraufbeschwor. Ungarns Bevorzugung war ein Stachel für die andern Stämme, auch ihrerseits autonome Zustände zu verlangen. In diesem Streben haben die böhmischen "Deklaranten" den Reichsrath verlassen, sind ihnen die Polen und Slovenier gefolgt.

Den letzten Schritt wollte das Ministerium Hasner wagen, indem es durch das Nothwahlgesetz eine Vertretung der renitenten Stämme in den Landtagen und dem Reichsrath erzwingen wollte. Der Kaiser hat dieser ultima ratio seine Genehmigung

versagt; er gedenkt also (und Graf Beust's Redegewandtheit mag ihm dies plausibel gemacht haben) durch Nachgiebigkeit die Czechen zu verschonen und ihren Gross durch Koncessionen zu beschwichtigen.

Welcher Art und wie weitgehend diese sein sollen, ist nicht klar; aber das Eine ist sicher, daß, wenn sie nicht in demselben Umfang den Czechen, Slowenen, Polen gewährt werden, wie sie derselbst den Ungarn zugesanden wurden, auch sie keine besseren Zustände herbeiführen werden. Zu siegestruken sind diese Forderer, als daß sie mit halben Erfolgen zufrieden sein sollten. Wird ihnen aber ihre Autonomie gewährt, dann zerfällt der Kaiserstaat in Atome, die sich untereinander bekämpfen und aufreihen werden, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß nicht die autonomen Czechen mit den autonomen Ungarn in eine dem Ganzen verderbliche Rivalität eintreten sollen. Der so geschaffene Föderativstaat wird auch dann noch eines Schwerpunktes bedürfen, und jeder Theil wird ringen, daß er in seine Mitte verlegt werde.

Der Zentralismus hat Fiasko gemacht; jetzt kommt der konstitutionelle Föderalismus an die Reihe. Konsequent durchgeführt, kann er für eine kurze Zeit dem kleinen Kaiserstaate Ruhe schaffen, aber bald wird auch er sich als ein nur vorübergehendes Remedium erweisen.

Ein Mittelweg ist nicht gut denkbar, weil die Gegensätze zwischen den Zentralisten und Föderalisten zu schroff sich zugegippt haben, als daß zwischen beiden eine Annäherung zu Stande kommen könnte. Zwischen ihnen ist eine unheimliche Entfernung eingetreten, der nicht zeitig genug von dem "Bürgerministerium" entgegengetreten worden ist. Das war sein grösster politischer Fehler.

So sind denn alle Mittel, die noch für Desterreichs Rettung übrig bleiben, ihrer Natur nach nur Experimente, deren Wirkung von vornherein problematisch ist. Mag man es immerhin mit dem Föderalismus probiren: es kommt in Desterreich auf eine Probe mehr oder weniger nicht an. Denn allerdings liegt eine Hoffnung für das Gelingen der föderalistischen Einigung in dem Umstande, daß in den 17 Landtagen, wie füllt auch immer autonome Forderungen aufgestellt wurden, doch nie der Wunsch nach der Auflösung der Monarchie laut wurde. Noch betrachten alle Nationalitäten Desterreichs den Bestand des Gesamtstaates für eine politische Nothwendigkeit, weil sie fast alle einsehen, daß sie für sich allein nicht bestehen könnten, nur wollen sie nicht anders, als durch ein persönliches Band, dasjenige des Kaisers, unter einander zusammengehalten sein.

Deutschland.

Berlin, 7. April. [Parlamentarisches.] Das Festungs- & Rayongegey. Handelsvertrag mit Mexiko. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß der Reichstag morgen mit dem Strafgesetzbuch in 2. Lesung zu Ende kommt, und es ist dann gar nicht unmöglich, daß unter solchen Umständen schon morgen die Vertragung eintritt. Wenigstens ist der Präf. Simson von vielen Seiten darum angegangen worden, zumal da nach dem jetzigen Stande der Dinge die Reichstagsarbeiten nach der Vertragung doch noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen möchten. Daß die vielerwähnte Extrafession des Preuß. Landtages in Fortfall kommt, darüber scheint kaum noch ein Zweifel obzuwalten, und auch das Schweigen der offiziellen Presse deutet wohl darauf hin. Im Übrigen hat bezüglich der Vertheilung der parlamentarischen Arbeiten die "Prov. Korresp." Punkt für Punkt unsere Mittheilungen bestätigt, nachdem die offiziellen Blätter dieselben zuvor dementirt hatten. In Abgeordnetenkreisen hört man versichern, daß zu den wichtigen Schlussabstimmungen über das Strafgesetzbuch wie über die anderen wichtigen Vorlagen die Lücken in der liberalen Partei vollständig ausgefüllt sein würden. — Die Ausschüsse des Nord. wie des Zoll-Bundesrathes suchen in fast täglichen Sitzungen das ihnen zugewiesene Material zu erledigen, und es sind deshalb für die nächsten Tage mehrere Plenarsitzungen in Aussicht genommen. Die Festungskronen-Gesetzesvorlage bildet auch bereits den Gegenstand lebhafter und umfangreicher Debatten, jedoch sollen die Meinungen noch gar weit lauseinandergehen. Jedenfalls hält man jetzt noch immer die Absicht fest, den Entwurf, wenn irgend möglich, noch in dieser Session zu erledigen. — Über eine der Hauptvorlagen des Zollbundesrathes und des Zollparlaments, den Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag mit den vereinigten Staaten von Mexiko, ist jetzt bereits durch den Ausschuss des Zollbundesrathes Bericht erstattet worden. Der Bericht konstatirt, daß gegenüber den vielen in Handwerken, Montan-Industrie und Bodenkultur beschäftigten Deutschen und der großen Anzahl bedeutender dortiger deutscher Handlungshäuser, sowie endlich dem Importgeschäft, welches ganz in deutschen Händen ist, Deutschland in Mexiko gröbere Interessen zu vertreten hat, als irgend ein anderer europäischer Staat. Es sei daher der Abschluß des Vertrags trotz mancher minder günstigen Bestimmungen, die er enthält, seitens des Ausschusses als eine eifreuliche Thatache bezeichnet worden, und es wird daher die Genehmigung desselben empfohlen. Der Bericht weist nun auf 9 Punkte hin, welche man in dem Vertrage gegen seine Vorgänger vermisst, beleuchtet aber die Gründe dafür durch einen Hinweis auf die mexikanischen Verhältnisse und betont, daß gleichwohl durch den Vertrag vermöge der Zusicherung der Rechte der Meistbegünstigten hinsichtlich der wesentlichsten Punkte eine Bevorzu-

gung anderer Nationen von der deutschen ausgeschlossen und mit dem vertragsmäßigen Verhältniß, welches das erschütterte Vertrauen wieder zu kräftigen und den Handel neu zu beleben verspreche, einem längst gefühlten Bedürfnis abgeholfen wird. Die Genehmigung des Vertrags wird aber immer unter der Voraussetzung empfohlen, daß einer den deutschen Interessen nachtheiligen Auslegung gewisser Bestimmungen des Vertrags durch bündige offizielle Erklärungen vorgebeugt werde. Der Auschusshantrag zerfällt in zwei Theile: 1) Zustimmung zu dem Vertrage, 2) das Präsidium zu eruchen, vor oder bei der Auswechselung der Ratifikationen durch beiderseits unterzeichnete Erklärungen über die Artikel II. und XV. (Schiffssabgab und Kriegskontrebande) eine den dieszeitigen Interessen entsprechende Auslegung derselben feststellen zu lassen.

— In der "Volksztg." veröffentlicht der Vorstand und Ausschuss der deutschen Fortschrittspartei das der heute stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins zur Diskussion zu unterbreitende Parteiprogramm. Dasselbe lautet:

für den Reichstag. I. Herstellung der deutschen Einheit auf friedlichen Wege; Erweiterung des Nordbundes zum deutschen Bundesstaate, deshalb Ausbildung der Bundesverfassung in freiheitlicher Entwicklung, besonders durch Einführung der Grundrechte und eines verantwortlichen Bundesministeriums in dieselbe, wie durch Gewährung der Diäten an die Abgeordneten. II. Verminderung der Militärlast durch Verringerung der Friedensarmee und Verkürzung der Dienstzeit. Unterstüzung aller auf allgemeine Abrüstung in Europa gerichteten Bestrebungen. III. Keine Steuererhöhung, vielmehr Verminderung der bestehenden, zunächst durch Beseitigung der die ärmeren Klassen vorzugsweise drückenden Verbrauchssteuern auf nothwendige Lebensbedürfnisse. IV. Gleches Recht für Alle! Allgemeines gleiches Wahlrecht wie im Bunde, so in den Einzelstaaten. Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch die Staatsbürger. Gewährung der vollen Freiheit und Rechtssicherheit des Vereinswesens. Abweisung jeder Ausbeutung des Staates für die Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, mögen dieselben seitens der bisher privilegierten Stände oder seitens der seitens der sozialistischen Arbeiterparteien geltend gemacht werden.

für das Abgeordnetenhaus. I. Volles Steuerbewilligungrecht des Abgeordnetenhauses. II. Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Verantwortlichkeit der Beamten vor dem Richter.

— Wie die "Kreuzz." hört, soll der Abg. Braun (Wiesbaden) zum Präsidenten der preußischen Central-Kreditgenossenschaft in Aussicht genommen sein. Der Abg. v. Kardorff soll in den Verwaltungsrath dieser Genossenschaft eintreten.

— In Betreff der beabsichtigten Erweiterung des Landwirtschaftlichen Ministeriums hört die "Kreuzz.", daß in Gemäßheit der Anträge des Deconomiekollegiums auch von dem Übergange der ländlichen Kreditinstitute aus dem Ministerium des Innern in das landwirtschaftliche Ressort die Rede ist.

— Die Arbeiten der Bundes-Zivilprozeßordnungskommission werden, nach der "Sp. Z.", binnen kurzer Frist zu völligem Abschluß gelangen, da die Tätigkeit des Bundes-Oberhandelsgerichts zu Leipzig, welchem mehrere Mitglieder der Kommission angehören, spätestens am 1. Juli d. J. beginnen soll.

— Gleich nach dem Osterfest wird der Ausschuss des deutschen Protestantvereins in Eisenach zusammentreten, um Ort, Zeit und Tagesordnung des diesjährigen Protestantentages festzustellen. Als Ort des nächsten allgemeinen Protestantentages dürfte Leipzig die meisten Aussichten haben.

— Eine zahlreiche Lehrerversammlung fand am 5. April in Engelhardt's Salon, Lindenstr. 54, statt, in welcher die näheren Umstände einer Belehrung an der 19. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Wien besprochen und folgende Beschlüsse gefaßt wurden: 1) eine Petition um Verlängerung der Pfingstferien an die betreffenden Behörden zu richten, da der Lehrerstag zum Theil außerhalb der Ferienzeit am 8. bis 10. Juni fällt; 2) sich mit dem wiener Ortsausschuß in Verbindung zu setzen, um sich über die event. Kosten der Reise und des Aufenthalts in Wien zu informieren; 3) bei den diesjährigen Eisenbahndirektionen anzufragen, ob eine Ermäßigung des Fahrpreises, sowie die Vergünstigung freiwilliger Anhaltpunkte zu gewähren sei; 4) den auswärtigen Kollegen Gelegenheit zu bieten, mit den Berliner Kollegen gemeinsam die Fahrt zu unternehmen. Ein Antrag, den Magistrat aufzufordern, nach dem Vorgange anderer Städte ähnlich eine Deputation von Lehrern nach Wien zu schicken, fand nicht ausreichende Unterstützung. Es wurde hierauf ein Komitee von 7 Herren mit der Berechtigung der Kooperation erwählt, um zur nächsten am 12. April in demselben Saale stattfindenden Versammlung die nötigen Vorarbeiten zu machen.

Breslau, 31. März. Der Vizepräsident des Centralkomites der katholischen Vereine Deutschlands, Felix Br. v. Löß, hat in den "Breslauer Haublättern" vom 24. März eine vom 20. März datirte Antwort auf die von mehreren hiesigen katholischen Universitätslehrern an ihn gerichtete "Aufforderung und Erklärung" gegeben, worin er, was die Hauptthese ist, den injuriosen Vorwurf der "lügenhaften Geschäftigkeit" den Zeiten nach der grammatischen Fügung seiner Erklärung auf sich mit beziehen zu müssen geglaubt hatte, auf dieselben nicht anwenden will, was für sie gleichbedeutend mit Buridnahme ist. Die Zahl und Qualität der aktiven Mitglieder der katholischen Vereine zu bezeichnen, lehnt er ab, und die Berichtigung der von diesen Vereinen wie im Namen und Auftrag des sämtlichen Millionen Katholiken Deutschlands gefassten Resolution politischen und religiösen Inhalts zu begutachten, ist er nicht im Stande. Nur bei der Anklage, daß jene Männer durch ihre Befürwortung der Rom" sich beihilft hätten, bleibt er stehen.

Stettin, 6. April. Aus glaubwürdiger Quelle erfährt die Neue St. Z. folgenden Vorfall:

Eine Dame, früher Gutsbesitzerin, welche jetzt in Schivelbein wohnt, hatte den Wunsch, von dem Geistlichen ihres früheren Wohnortes sich das Abendmahl ertheilen zu lassen. Der Geistliche war dazu gern bereit, indessen der Superintendent in Schivelbein verwicigte für die Ausführung des Abendmahl's in seiner Parochie das Dimissorium, da der betreffende Geistliche seit einiger Zeit auf Irrewege gerathen sei", das heißt den Protestantentag in Berlin besucht hat, und auch die Richtung des Protestantvereins vertreten. Geistlich ist es kein Geistlichen oder Superintendenten erlaubt, einem Geistlichen, der noch im Amt steht, das Dimissorium zu verweigern, sobald er die ihm zustehenden Gebühren erhält. Die Sache ist deshalb zunächst bei dem hiesigen Konsistorium anhängig gemacht, und man ist auf dessen Entscheidung gespannt.

Karlsruhe. 7. April. (Tel.) Die Ständeversammlung wurde Mittags vom Großherzoge in Person feierlich geschlossen. Die von demselben gehaltene Thronrede lautet wörtlich, wie folgt:

Edle Herren und liebe Freunde! In freudig gehobener Stimmung richte ich heute bei dem Schluß Ihrer Arbeiten, bei deren Beginn ich Sie vertrauensvoll begrüßte, Worte der aufrichtigen Anerkennung und des warmen Dankes an Sie für den einstichtigen Rath und die thatbereite Hingebung, mit welchen Sie im Verein mit meiner Regierung des Landes Wohl zu fördern bemüht waren. Mit gerechtem Stolze können Sie, mit freudiger Dankbarkeit wird mein Volk auf die Resultate Ihrer langen und anstrengten Arbeit blicken.

Die Verfassung des Landes ist erneuert in einer den veränderten Verhältnissen und den Anschauungen der heutigen Zeit entsprechenden Weise; sie hat in der seit ihrem Bestehen jetzt zum ersten Mal zu vollem Abschluß gelangten Gesetzgebung über die Ministerverantwortlichkeit eine formelle Garantie erhalten. Durch die Revision der Gemeindeordnung sind lange gehoffte Wünsche erfüllt, welche eine erweiterte Theilnahme der Gesamtheit der Bürger an der Verwaltung der Gemeinden und eine größere Selbstständigkeit derselben gegenüber dem Staate erstrebt. Ich vertraue, daß die pflichtrechte Besonnenheit meines Volkes von der ausgedehnteren Freiheit, welche unzweifelhaft eine frischere Bewegung aller vorhandenen Kräfte hervorrufen muß, den richtigen Gebrauch machen wird, um neben der Freiheit die strenge Ordnung der Gemeinden, dieser Grundäulen des Staates, zu wahren. Zur Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete von Staat und Kirche, welche mit der Selbstständigkeit der letzteren zur Notwendigkeit geworden, sind die Gesetze über die bürgerliche Standesbeamung und über die Verwaltung der weltlichen Stiftungen bestimmt. Das erste ist bereits in unbeachteter Wirksamkeit. Die in manchen Kreisen wegen desselben gehofften Erfolge, nur aus Mitzverständnis entspringen, sind durch die Erfahrung widerlegt, daß durch die gesetzliche Regelung staatlich-rechtlicher Verhältnisse die religiöse Weise und die moralische Würde der Thee nimmermehr beeinträchtigt werden kann. Mit dem Vollzug des Stiftungsgesetzes, bei welchem meine Regierung mit der stets bewährten Schönung verfahren wird, werden die auch gegen dieses Gesetz gehofften Bedenken am sichersten als nicht begründet sich erweisen. Die öffentliche Armenpflege ist, um sie ihrer Aufgabe gewachsen zu machen, in den weiteren Kreis der Gemeinde gestellt und hier ist die Kirche zur Mitwirkung an dem Werke berufen, dem in ihrer Abhängigkeit zu genügen sie nicht mehr im Stande ist. Die Übertragung der Unterstützungsplast von der Heimathgemeinde auf den Unterstützungswohnort wird eine gerechtere Vertheilung der Armenlast bewirken, sie läßt es zu, mit größerer Humanität die gegebenen Verhältnisse des einzelnen Bedürftigen zu berücksichtigen, und sie erhält im Verein mit dem Gesetz, welches die Einschließung von dem Bürgerrecht unabhängig macht, den Keim und einen wichtigen ersten Schritt für die ebenso notwendige wie bedeutungsvolle innere Umgestaltung der Gemeinden. Für die wirtschaftlichen Interessen des Landes erwarte ich von der Bank, welche auf Grund des vereinbarten Gesetzes im Entstehen begriffen ist, und von der gesetzlichen Regelung der schon länger bestehenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften günstige Erfolge. Die Fortleitung des Eisenbahnbaus und die Verbesserung des Strafenrechtes, zu welchen sie die Mittel bewilligt haben, wird für die betreffenden Landestheile eine Quelle des Segens werden.

Nicht minder fruchtbar wird der Aufwand sein, zu welchem Sie in reichem Maße für Zwecke des Unterrichts und der Bildung meine Regierung ermächtigt haben. Gerne spreche ich Ihnen dafür, wie für die Ausstattung aller Zweige des öffentlichen Dienstes mit den entsprechenden Mitteln meinen Dank aus und ich freue mich, daß es daneben durch sorgfältige Sparanstalt möglich war, bei der am schwersten empfindenden Steuer, bei der Weinazise und dem Weinohmgeld, eine Ermäßigung eintreten zu lassen.

Edle Herren und liebe Freunde! Mit stolzer Freudigkeit sehe ich auf die innere Entwicklung meines Landes, welche durch die glücklichen Arbeiten dieses Landtages wesentlich gefördert ist. Ich bitte darauf das Vertrauen, daß mein an politisches Denken und an politische Arbeit gewöhntes Volk bei mir auszuhören wird. Erfüllung des höchsten Ziels, der nationalen Einigung Deutschlands.

Die verschiedenen Staatsverträge mit dem Norddeutschen Bunde und mit den Süddeutschen Staaten, welchen Sie Ihre Genehmigung ertheilt haben, beluden in erfreulicher Weise ein allmäßiges Fortschreiten der immer umfassender und immer fester werdenden Verbindung unter allen deutschen Staaten. Ich danke Ihnen, daß Sie mit patriotischer Bereitwilligkeit durch Verlängerung des Kontinentgesetzes, durch Bewilligung des Kriegsbudgets und durch Ihre Zustimmung zu der Militärstrafgesetzgebung, welche neben der Annäherung an die Institutionen des norddeutschen Heeres augleich einen wesentlichen Fortschritt auf diesem wichtigen Rechtsgebiet begründet, meine Regierung in den Stand gesetzt haben, getreu dem feststehenden Programme die nationale Politik in ernster That fortzuführen und mein Volk

bereit zu halten, daß es, wann die Zeit gekommen sein wird, als ein ehrbärtiges Glied des Ganzen in die volle nationale Gemeinschaft eintreten kann. Empfangen Sie — edle Herren und liebe Freunde — zum Abschied meinen freundlichen Gruß. Nehmen Sie nach anstrengender Arbeit froh in die Heimat zurück. Dort werden Sie die Vertreter dessen sein, was dieser Landtag gewollt und geschaffen hat. Gott segne das Vaterland!

Stuttgart. 6. April. Heute ist das Gesetz über die Aufnahme von 8 Millionen Gulden zum Eisenbahnbau veröffentlicht worden. Zur Aufnahme sind der Finanzminister und ein ständischer Ausschuß ermächtigt.

München. 5. April. Bezuglich des Entwurfs eines neuen Landtagswahlgesetzes, so weit derselbe zur Zeit fest gestellt ist, vernimmt man, daß das allgemeine Wahlrecht sehr weit ausgedehnt wird, und daß die Abgeordneten fünftig keine Diäten mehr erhalten sollen. Bezuglich der Zahl der Abgeordneten soll die bisherige Bestimmung, auf 31,500 Seelen ein Abgeordneter, beibehalten werden. Der Gesetzentwurf dürfte in nächster Zeit in den Staatsrat gelangen und dessen Vorlage an die Kammern wohl bald nach Ostern möglich sein.

D e s t r e i c h .

Wien. 6. April. Über die Mitglieder des neuen Kabinetts ist noch nichts bestimmt: genannt werden u. A. v. Kellermann, v. Lasser, Ritter Schrötinger v. Neudenberg (Präsident der böhmischen Finanz-Landesdirektion). — Die Meldung einiger Blätter, daß das ungarische Ministerium beim Kaiser zu Gunsten des Ministeriums Hasner eingetreten sei, wird von der „Presse“ mit Entschiedenheit dementirt. Desgleichen wird als „gänzlich erfunden“ bezeichnet, was von einem ungnädigen Empfang des Grafen Beust beim Kaiser berichtet wird. Die „Wiener Abendpost“ weist ferner die „gebässige und absurde Insinuation“ des „Neuen Fremdenblatts“ zurück, welche die Arbeiter-Unruhen in Böhmen mit der Person des Reichskanzlers indirekt in Zusammenhang bringt; daß offiziöse Blatt versichert endlich einer Mitteilung des „Mährischen Korrespondenten“ (eines von Giætra inspirierten Blattes) gegenüber, welche den Grafen Beust unmittelbar vor Austritt der galizischen Reichsratsabgeordneten mit Hrn. Smola konferirten ließ, auf das Bestimmteste, daß Graf Beust mit Hrn. Smola seit dem Jahre 1767 überhaupt keine persönliche Begegnung hatte, selbstverständlich also auch keinen Meinungsaustausch mit ihm eintreten lassen konnte. Die „N. Fr. Pr.“ weiß zu melden, daß Graf Potocki bei der Neubildung des Ministeriums in unmittelbarer Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler vorgehe und daß ihm vom Kaiser unmittelbar streng Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges, sowie die Vermeidung jeder Maßregel, welche die Stellung oder Interessen der Deutschen in Oesterreich verlegen könne, vorgeschrieben worden sei.

In Lemberg hat eine Versammlung rutbenischer Patrioten einstimmig beschlossen, dem im Reichsrath verbliebenen Abgeordneten Guzalewicz aus Anlaß seines separatischen Zweckes verfolgten Verhalten Nachmens der ruthenischen Bevölkerung Galiziens ein Misstrauensvotum zu ertheilen. Die Führer der russophilen Partei in Lemberg haben von den, aus Anlaß der Großjährigkeitsdeklaration des russischen Thronfolgers zur Unterstützung von slavischen Studirenden nichtrussischer Nationalität an den Universitäten Moskau und Petersburg gespendeten 60,000 Rubeln, 20,000 Rubel erhalten mit der Weisung, dieses Geld unter die studirende russische Jugend zu verteilen. — In Czernowitz (Bukowina) ist eine Vertrauensadresse an den aus dem Reichsrath getretenen Baron Petriko beschlossen worden. — Die slowenischen Blätter in Krain rufen den Deklaranten einen „Gruß aus heimischer Erde“ zu; in Laibach wird ein Fackelzug zu Ehren des Abg. Tomana vorbereitet.

Wien. 7. April. (Tel.) Graf Potocki hatte heute eine lange Konferenz mit Rechbauer unter Buziehung von Kaiserfeld. Ob Rechbauer einen Ministerposten annimmt, dürfte sich morgen entscheiden. — Im Herrenhause wurde die Budgetberatung fort-

gesetzt. Abg. v. Schmerling begründete in einer längeren, beißig aufgenommenen Rede die folgende von ihm beantragte Resolution:

Indem das Herrenhaus an den in der Adresse ausgesprochenen Grundsätzen festhält, erklärt es, daß es nur eine solche Regierung als eine ihre Aufgabe richtig erfassende anerkennen, welche unter dem Zekhalten an den freiheitlichen Prinzipien allen gegen eine starke Zentralgewalt gerichteten Bestrebungen entgeht.

Die Resolution ist von einer starken Majorität unterstützt. Fürst Anton Auersperg spricht sich für Annahme der Resolution aus. Nachdem das Haus den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über diese Resolution, sowie einen zweiten auf geheime Berathung derselben abgelehnt, wird die Resolution mit überwiegender Majorität angenommen. Dagegen stimmen nur etwa 16 Mitglieder. — Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung eine Adresse an den Kaiser angenommen, in welcher es heißt:

Das Haus bedauert lebhaft das Ausscheiden eines Theils seiner Mitglieder; das Haus hält fest an den Gedanken der Reichsverfassung, da eine weitere Ablösung einzelner Theile vom Ganzen durch Erneirung neuer staatsrechtlicher Gebilde Angeklagts des herrschen Dualismus bedenklich wäre und die Machstellung Oesterreichs gefährden, sowie den Interessen der Völker und der Krone zu widerstehen würde. Das Haus sieht in dem Grundgedanken der Verfassung den Schutz aller Nationalitäten und wird jeder in verfassungsmäßiger Weise experimentirenden Regierung entgegenstehen.

Die Delegationswahlen wurden vollzogen mit Ausnahme derjenigen für die derzeit nicht vertretenen Länder, welche einstweilen verschoben sind.

F r a n k r e i c h .

Paris. 5. April. Wie Olivier nur, durch die Verhältnisse genötigt, in die Vertheidigung der Politik des Plebiszits hineingetrieben wurde, so haben sich auch die hervorragenden Mitglieder des linken Zentrums nur halb und halb zu dieser Politik bekehrt. Der dem Volke vorzulegende Beschluß ist aus der Feder des Kaisers hervorgegangen. Der „Moniteur Universel“, das Organ des linken Zentrums, verlangt, daß der Artikel 5 der Verfassung folgende Redaktion erhalten: „Die Verfassung kann auf den Vorschlag des Kaisers nur durch den Senat und den gesetzgebenden Körper umgeändert werden. Eine Änderung des Titels 11 (die Dynastie betreffend) kann nur mit direkter Zustimmung des Volkes vorgenommen werden.“ Dem Lande gegenüber ist die Annahme des Plebiszits gesichert, aber es wird viele Abstimmungsenthaltungen und auch mehr Nein geben als im Jahre 1852; einmal, weil es mehr Republikaner gibt als damals, und dann, weil die Abstimmung nicht unter dem Drucke einschüchternder Ereignisse vor sich gehen wird. Die Verfassung von 1852 wurde mit 7,473,731 Stimmen gegen 641,351 Stimmen angenommen, der Senatsbeschluß vom Dezember 1852, die Ausrufung des Kaiserreichs betreffend, mit 7,828,189 gegen 253,145. Aber eine große Majorität wird immerhin für den Volksbeschluß einstehen, weil die immense Majorität des Landes eben für die Reform, für das liberale Kaiserreich und gegen jeden gewaltthamen Umsturz ist. Die Meinung, daß es entweder vor der Abstimmung oder unmittelbar nach derselben zu einer theilweisen Ministeränderung kommt, erhält sich. Die Volksabstimmung wird trotz alter Bemühungen der Regierung nicht vor den ersten Tagen des nächsten Monats zu Stande kommen.

— Graf de Lagrange wird im Senate vorschlagen, daß der Präsident dieser Versammlung durch diese selbst gewählt werde. — Die Nachrichten aus dem Kreuzot lauten nicht günstig, man fürchtet, Blutvergießen werde kaum vermieden werden können.

— Der Prinz Peter Bonaparte ist immer noch in Paris. Er fuhr gestern in einem offenen Wagen durch die Champs Elysées und über die Boulevards. Der bekannte Dr. Morel und der

Bilder aus Sibirien.

VI. Der Majomszczyl.

Wieder stand der Schlitten unserer Flüchtlinge vor dem Hause eines kleinen Dorfchens still, und wieder, wie schon unzählige Male, stieg Wladislaus herab, um vom Wirth ein Nachtquartier zu erbitten. In diesem Hause mußte eben irgend ein Fest abgehalten worden sein; der Wirth und die Wirthin schienen ein wenig herausgeputzt: auf dem Tische lagen in wüstem Durcheinander die Reste eines reichen Mahls, im Zimmer herrschte eine sichtbare Unordnung. Nur der Sohn schien sich an dem Feste nicht betheiligt zu haben, denn er saß am Fenster und besserte ein Pferdegeschirr aus. Während Wladislaus noch mit unentzifferbarem Blick auf der Schwelle stand, rief ihn der Wirth in seiner rostigen Laune an: „He, Freund! was wollt Ihr?“ Er war nicht eben völlig betrunknen, sondern nur in jener Sphäre des Rausches, in welcher man die ganze Welt umarmen möchte, in der die Stimme weinerlich klingt. Wladislaus verbeugte sich demütig vor den Heiligenbildern, die an den Wänden der Stube hingen und erwiderte: „Ich wollte Euch um ein Nachtlager für mich, meinen Kameraden und mein Pferd bitten, aber ich sehe, Ihr gebt heut ein Fest, da wird wohl für uns kein Raum sein.“ „Oho, Freund! gute Menschen haben bei mir immer Raum! zu viel werdet Ihr ja wohl auch nicht einnehmen. Fahrt nur in Gottes Namen auf den Hof!“ „Woher kommt Ihr?“ fragte neugierig die Wirthin. „Wir reisen von Kainsk nach Tomsk in die Istojewische Glasfabrik. Also Handwerker“ warf der Wirth ein. „Ja, Väterchen.“ „Nun fahrt nur herein! bei uns ist heut der Majomszczyl zu Gast, aber das ihut nichts; man darf Reisenden niemals ein Nachtquartier versagen, wir wissen das, denn wir sind selbst in der Welt umhergereist.“ Wladislaus hieß Alfred auf den Hof fahren und ausschirren; er freute sich, etwas Neues zu erfahren, denn vom Majomszczyl hatte er bisher noch nichts gehört. Und doch war es eine russische Volksfigur, die erst in Folge der jüngsten Regierungsmahzregeln zu verschwinden anfängt. Ein für Geld gedungener Stellvertreter eines Militärflichtigen heißt Majomszczyl. Jetzt braucht sich Niemand mehr um einen solchen Substituten zu kümmern, denn durch die Erlegung von 400 Rubeln kann sich jeder junge Mann seiner Militärflicht entledigen. So lange man aber einen Vertreter stellen mußte, konnten nur Reiche das Privilegium genießen, denn ein solcher Vertreter kostete mindestens 800 Rubel. Wer nur irgend konnte, bezahlte einen Majomszczyl, denn nicht nur bei den zivilisierten Völkern, sondern auch bei den Russen herrscht eine gewisse Scheu vor dem Militärbienst. Viele ruhten sich um eines Majomszczyl willen,

denn die Mühen, Sorgen und Ausgaben für denselben waren ungeheuer. Es mußte zunächst ein Mensch sein, der nicht selbst zum Militär ausgezeichnet war, auch fürstefer nie bestraft gewesen sein, und schließlich fanden sich nicht leicht Individuen, die auf auf die Dauer von 15—20 Jahren ihre Heimath verlassen und ihr freies Leben mit den Strapazen und Unbequemlichkeiten des russischen Heeresdienstes vertauschen möchten. Wer sich zum Majomszczyl hergab, galt für einen Auswurf der Gesellschaft, er mußte nach der Meinung der Leute entweder ein Dieb oder ein Trunkenbold sein. Und wenn er in das Regiment eintrat, so erhielt er sogar von seinen Kameraden den Spottnamen: verlautes Leder (Majomnaja skóra). Um dem Majomszczyl seinen Entschluß zu erleichtern, beobachtete man gewöhnlich festgesetzte Formen bei dem Uebereinkommen. Man zahlte eine bestimmte Summe an die Eltern oder Verwandten desselben, und gab ihm selbst einen erheblichen Betrag, verpflichtete sich außerdem, ihn vom Scheitel bis zur Zehe neu zu bekleiden und ihn überdies durch drei Wochen vor seiner Aufführung in die Kreisstadt zu bewirthen. Diese Bewirthung hieß die Gulanje. An ihr mußte sich auch seine Geliebte betheiligen, die man ihm, falls er noch keine hatte, lediglich zu diesem Zwecke stellen mußte. Dazu gaben sich gewöhnlich junge „Saldaitki“ oder leichtsinnige Witwen, selten Mädchen her. Eine solche Gulanje fand in dem Hause statt, in welches die Flüchtlinge eingekleht waren. Der Majomszczyl mit seiner Geliebten war abwesend, sie fuhren eben, wie alltäglich nach dem Mittagbrote, auf dem Schlitten des Wirths durchs Dorf spazieren. Raum hatte Alfred das Pferd im Stalle untergebracht, so wurde den Flüchtlingen eine reichliche Mahlzeit vorgesetzt; eine fette, aber nicht abgesäuerte Brühe, ein Braten, welcher in Butter schwamm, großer Pirogen und fingerdicke Oblaten bildeten das Menü, alles dies in Geräthen, deren Neuheres eben nicht geeignet war, den Appetit zu erhöhen. Während des Essens suchte Wladislaus seine Wirths durch die Schüttierung einer Glashütte zu beschäftigen. Plötzlich ertönte von draußen ein ohrenzerreißendes Konzert; ein Lied wurde mit gelender Stimme gesungen, dazwischen klangen unharmonisch die Töne einer Harmonika und Schellenläut. Der Sänger war der heimlehnende Majomszczyl; alle sprangen ans Fenster, um seinen Einzug mit anzusehen. Drei muntere Hengste, die ein auf dem Bock sitzende Burschlein grade vor dem Hause anhielten, zogen einen Korb-Schlitten, auf welchem ein tijumenischer Teppich ausgebreitet war; auf dem hinteren Sitz spreizte sich halb liegend unser Dorfheld; er hatte die Mütze tick auf den Schädel gestülpt und trug einen großen Schafspelz mit Luchüberzug, welchen ein breiter hellrother Gurt zusammenhielt. Zwischen den offenen Klappen des Pelzes schimmerte das neue rothe Hemd hindurch;

ein wollenes Tuch mit fühn nach hinten geworfenen Zipfeln umgab seinen Hals. Fünf Frauenzimmer saßen mit ihm auf dem Schlitten und akkompanierten schreiend sein Harmonikispiel. Zur Seite sahen ihm die Geliebte und die Tochter des Wirths. Beide hielt er mit seinen Armen umschlungen; die andern drei Begleiterinnen, Verwandte des Wirths, waren direkt zur Schlittenfahrt eingeladen und hatten die Aufgabe, fortwährend rothe Tücher durch die Luft wehen zu lassen. „Für welchen von Euren Söhnen tritt dieser Majomszczyl ein?“ fragte Wladislaus den Wirth. „Für den da, der das Geschirr ausbessert.“ „Er kostet Euch wohl viel Geld?“ „„Frage nicht erst, Freund, jeden Tag kosten allein die Getränke 5 Rubel; das Essen rechnet mich gar nicht; solcher Tage sind zehn ausbedungen; außerdem habe ich von Kopf bis Fuß ekipiren müssen: drei neue Hemden, Stiefel, einen Pelz mit Luchüberzug, einen Shawl, eine Mütze; seiner Mutter gab ich 200 Rubel, 100 bekomm er in seine Hände und was wird erst die Aushebung selbst kosten?“ „Wie das?“ „Nun, der Doktor, der Offizier, die Schreiber müssen gründlich gesteckt werden, sonst heißt es: dieser Majomszczyl ist dienstuntauglich und alle Ausgaben waren vergeblich.“ „Und wenn er nun einen Fehler hat?“ „Das thut nichts, wenn man nur ordentlich bezahlt. Im vorigen Jahre brachte mein Nachbar einen Majomszczyl, der nur auf einem Auge sah; sie nahmen ihn an, weil sie hohe Summen dafür erhielten.“ „Wozu aber die Gulanje? Ihr könnetet ihm vielleicht einen Betrag für diese Schmauserei geben und hättet weniger Kummer im Hause.“ „Oho! dann ginge er mir durch! So aber halte ich ihn immer im Raum; da denkt er nicht ans Militär; besessen fährt er dann zur Aushebung und wird eingestellt; dann kümmert mich die Sache nicht weiter. Die Gulanje ist das einzige Lockmittel, um einen Majomszczyl zu bekommen.“ „Das macht Euch aber vielen Kummer.“ „D, ich habe Geld aufborgen und mein bisschen Bieh verlaufen müssen. Und was muß ich mir alles von ihm gefallen lassen! Wie hinter einem Knäß (Fürst) muß ich hinter ihm her sein, ihm gehorchen wie ein Hund, seine Wünsche ihm von den Augen ablesen. Gott sei Dank! übermorgen ist die Aushebung, da hat die Not ein Ende.“ Seufzend ging der Wirth hinaus, füllte eine Flasche mit Schnaps und lehrte zu den Flüchtlingen zurück. „Nehmt sie Euch mit auf den Boden; oben ist eine Streu für Euch vorbereitet. Ihr seid gewiß müde; schlafst und kümmert Euch um uns nicht.“ Wladislaus war neugierig und blieb zurück. Eine Viertelstunde später trat der Majomszczyl mit seinen fünf Begleiterinnen lärmend in die Stube. Es war ein Bursche von mäßigem Wuchs, zwischen 19 und 21 Jahren; er war stämmig und robust und hatte ein bartloses rohes Gesicht; mit großem Selbstbewußtsein trat er auf; seine Augen brannten von

Hauptmann Pulicani begleiteten ihn. Er wagte sich jedoch nicht weiter, als bis zum Boulevard Montmartre. Der Prinz soll jetzt vom Kaiser ein Schreiben erhalten haben, welches in sehr freundlichen Ausdrücken abgesetzt ist, aber mit den Worten schließt, daß es dem Kaiser sehr angenehm sein würde, wenn der Prinz eine kleine Reise nach dem Auslande mache.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 4. April bemerkte Grevy zuerst, daß er nicht vorbereitet sei, da er nicht habe vorzusehen können, daß das Kabinett doch seine Zustimmung zu der Interpellation geben werde. Er ging dann auf die Versprechungen des Senatsabstimmungsloses über und fand, daß derselbe dem Volke seine Rechte nicht wieder zurückgibt. Das Volk könne nicht nach den Bedürfnissen der Zeit seine Verfassung ändern, da man es dem Regime des Plebiszits unterwerfe und es ihm nicht einmal frei stände, nach Belieben Gebrauch davon zu machen.

Darauf sei die große französische Nation reduziert; der Kaiser müsse ihr die Glaubniss ertheilen, handeln aufzutreten. Das im Briefe des Kaisers gegebene Versprechen der Befreiung sei umgangen worden. Das Projekt des Senatsabstimmungsloses lege die konstituierende Gewalt unter erschwerende Umstände in die Hände des Kaisers. Heute bestehet wenigstens eine Art von Garantie, nämlich der Senat. Niemals sei ein wirkliches Plebiszit vollendet worden. (Besfall auf der Linken, Widerspruch auf der Rechten.) Seit des Plebiszits, welches man vorlegen würde, werde votirt werden, besonders wenn man die Massen einschüchtere. Das Plebiszit sei niemals etwas Anderes gewesen, als ein Mittel, die Rechte des Volkes zu konfiszieren. (Verm.) Granier de Cassagnac: Erkennen Sie nicht über die Opposition, welche Sie in der Versammlung finden? Grevy: Deko schlimmer für die Vergangenheit, welche keine Diskussion ertragen kann. Vielleicht wird eines Tages das Staatsoberhaupt mit der Waffe des Plebiszits, welche die Diskussion ausschließt, Frankreich wieder unter das Joch des Despotismus stellen. Der Senat wird nicht von der Nation ernannt: eine zweite Kammer, welche keine Aristokratie repräsentiert oder die nicht vom Volke ernannt wird, kann keinen Nutzen haben, sondern nur Verlegenheiten bereiten. (Die Versammlung richtet ihre Blick nach der Senatslage hin; Murrmen.) Sie werden ein großes Volk in Ihren kleinen Maßstab einschließen; es wird aus den Schranken, die sie ihm stecken, herausstreten, und der Tag der demokratischen Regierung wird kommen, der ihm allein Ruhe und Freiheit geben kann. Nach Grevy ergriff Olivier das Wort. Er sagte, das Kabinett wolle gerade das Gegenteil von dem, was der Vorendre gelag; es wolle die Voraussetzung schließen, indem es in enge Grenzen das einschließe, was wirklich konstitutionell sei. Es habe zugleich die Sphäre der Eretutvogewalt vom liberalen Standpunkte aus vergrößert. Zugleich kündigte Olivier auf förmliche Weise an, daß ein Plebiszit stattfinden werde. Picard, Marlet, und Andelarre (die beiden letzteren vom linken Sentrum) ergreiften hierauf das Wort, um die Regierung zu beschwören, keinen Gebrauch von dem Plebiszit zu machen. Jules Favre suchte dann darzuhalten, daß der Senatsabstimmungslose eine Bestätigung und eine Erschwerung des persönlichen Regimes sei, daß der Art. 6 dem Kaiser allein das Recht gebe, ein Plebiszit allein zu veranlassen, daß er sich desselben gegen die Institutionen bedienen könne. Er erhob sich dann auch gegen das Recht über Krieg und Frieden, welches man dem Kaiser belassen, der nach einem glücklichen Kriege mit seinem Zusammensetzung die gesetzgebende Gewalt niedertreten könne. Die Erklärung des Senatsabstimmungsloses, daß der Kaiser allein die Verfassung motivieren könne, sei die „Ultima ratio“ der despotischen Gewalt. Man will, so schließt er, die Kaiserliche Regierung auf ewige Zeiten verurtheilen. Hier drückt nun der Schluss der Debatte mit Ungekümmer verlangt. Wildes Geschrei und tumult. Das linke Sentrum und ein Theil des rechten fragt, wie es komme, daß man den Schluss der Debatte verlange, da man übereingekommen, die Diskussion auf morgen zu verlagern. Die Ruhe wird hergestellt und Sammeltafel verlangt förmlich, daß man wegen der vorgerückten Stunde (es ist 6 Uhr) die Diskussion auf morgen verlasse. Neuer durchdrängter Sturm. Die Rechte verlangt mit Ungekümmer den Schluss der Debatte. Das rechte Sentrum verlangt die namentliche Abstimmung über den Schluss der Debatte. Im Augenblick, wo man zu dieser Abstimmung schreitet, verlangt eine Stimme, daß man das Verlangen über den Schluss der Debatte zu einer Stimme, daß man das linke Sentrum stützen sich aber auf das Regelmäßige. Die Linke und das linke Sentrum stützen sich aber auf das Regelmäßige und verlangen, daß die Abstimmung fortduere. Neuer, unbestreitbarer tumult. Endlich gelingt es dem Präsidenten, sich Gedränge zu verschaffen und erklärt, daß die Abstimmung fortduere. 151 stimmen gegen den Schluss der Debatte. Die Diskussion dauert also morgen fort. Die Versammlung trennt sich in höchster Aufregung. Nach der Sitzung erzählte man, daß Thiers wütend sei. Man hatte ihm nämlich heute Morgen gesagt, daß der Ministerrath sich gegen das Plebiszit ausgesprochen, und er mußte nun nachträglich erfahren, daß die Minister sich für dasselbe erklärt, und namentlich sein Freund Daru für das, was er eine „Ungeheuerlichkeit“ nennt, gesprochen habe.

Die „Marceillaise“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

Mein lieber Arnould! In dem Prozeß, welcher soeben auf eine so bizarre Weise beendet worden ist, bedarf ein Vorgang noch einer Erklärung meinerseits. Mein Vater glaubte einen Schadensersatz fordern zu sollen; daraus ergab sich eine Spaltung zwischen uns in dem Prozeß. Die von dem Staatsgerichtshof querkannten 25,000 Frs. liegen mir schwer auf dem Gewissen, und obgleich ich nichts gethan habe, um sie zu erwirken, fühle ich die gebietserste Nothwendigkeit, den entsprechenden Betrag einem wohlthätigen Zwecke zu widmen. Ich erkläre daher hiermit, daß ich mich ausdrücklich verpflichte, nach Abzug meines Verdienstes so viel als möglich an die Versorgungskasse der Schriftsteller-Gesellschaft zu zahlen, für welche Victor sich lebhaft interessierte; wenn ich gezahlt haben werde, was ich als die peinlichste aller Schulden ansche, werde ich mich von einer drückenden Last befreit fühlen. Damit nehme ich meine Thätigkeit an der „Tribune militaire“ in ihrem Blatte wieder auf. Louis Noir.

Spanien.

Madrid, 5. April. Regierungsfreundlichen Blättern zu folge sitzt der Unterrichts-Minister Chegaray wieder fest im Sattel, und soll sogar die unionistische Partei (welche zur Erwägung der Frage in Betreff des Religionsunterrichts einen aus den Herrn Rios Rosas, Posado Herrera, Bugallal, Ulloa, Armiño und Nieto bestehenden Ausschuß eingesetzt hat) beschlossen haben, das Ministerium zu unterstützen. Andererseits heißt es, daß die Stellung Sagasta's, des Ministers des Auswärtigen, erschüttert sei. Prim wohnt den Kortes-Sitzungen noch nicht bei; er hat sich durch Verständigung eines Juizes eine alte Wunde aufgerissen, so daß er das Zimmer hüten muß. — Die Unruhen in Barcelona anlässlich der Rekrutenaushebung fanden hauptsächlich in der Vorstadt Sanz, wo die Barrifladen errichtet wurden, und in geringem Maße in der Vorstadt San Antonio Statt. — Die jetzige Zeit, wo die monarchischen Parteien wieder einmal gründlich zerfallen sind, scheint merkwürdiger Weise einigen Blättern geeignet, mit einem neuen Thronkandidaten herauszurücken. Dieser Glückliche ist der 25jährige Prinz August von Sachsen-Coburg und Gotha, wie bekannt, der Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, dessen zweite Tochter Leonor-Dina er geheirathet hat. Er hat den Vorzug, katholisch zu sein und auch schon männliche Erben zu haben, so daß die Thronfolge so ziemlich gesichert wäre; wenn aber als fernerer Vorzug angeführt wird, daß er zu den reichsten Fürsten gehöre, was bei der schlimmen Finanzlage Spaniens schon einige Berücksichtigung verdienen, so möchte doch des Prinzen Vermögen selbst in spanischen Realen ausgedrückt noch eine bescheidene Summe vorstellen.

Italien.

Florenz, 3. April. Die Kammer hat auf den Antrag Minghetti mit 116 gegen 112 Stimmen beschlossen, vier Kommissionen zu ernennen; eine von 7 Mitgliedern zur Prüfung der auf die Armee bezüglichen Vorschläge, eine zweite von 7 Mitgliedern zur Prüfung der Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichts, eine dritte von 7 Mitgliedern zur Prüfung der die Justizverwaltung betreffenden Maßregeln und die vierte von 14 Mitgliedern zur Prüfung der Finanzangelegenheiten im Allgemeinen. Außer diesen Kommissionen wird noch eine fünfte ernannt werden zur Prüfung der Vorschläge in Sachen der Pfarrgäste. Diese Kommissionen sollen ihre Berichte gleichzeitig ausarbeiten und spätestens bis zum 9. Mai den Kammer vorlegen.

Aus Rom melden die Berichterstatter englischer Blätter von der Ausweisung dreier englischer Damen, die unter den dort anwesenden Engländern allgemeine Entrüstung erregt hat. Am 24. März, kurz vor Mitternacht, fanden sich bei den genannten Damen drei Gendarmen und ein Polizeibeamter in Civilleider ein, die eine gründliche Haussuchung veranstalteten. Zwei Tage später wurde ihnen eine Verfügung zugestellt, in 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Der diplomatische Vertreter Englands, Odo Russell, so wie der Konsul Severy ihnen ihr Möglichstes, die

Andrzejewitsch, seid mein Retter, mein Wohlthäter; Ihr rettet mir den Sohn vom sichern Tode.“ „Und was gibst Du mir dafür?“ Wenig, wenig, mein Herr, aber Gott weiß es, daß ich nicht mehr habe.“ „Du lügst, Hundesohn, du hast, aber du willst nicht, geh mir aus den Augen, fort zum Teufel!“ Der Wirth trat zurück. So kam die Reihe hintereinander noch an die Wirthin, die beiden Töchter und den Sohn des Hauses. Mit geringer Abwechslung spielte sich mit ihnen dieselbe Szene ab; sie liehen sichs ruhig gefallen und murerten nicht einmal, im Herzen aber wünschten sie, den rohen Gesellen recht bald los zu sein. Vladislau zog sich in den äußersten Winkel in der Stube zurück und kauerte auf seinem Pelze; er mußte fürchten, ebenfalls ins Examen genommen zu werden; er war bis jetzt unbemerkt geblieben; wie eine herzzerrende Komödie erschienen ihm die Vorgänge, die er da zu beobachten Gelegenheit hatte. Am liebsten hätte er den Burschen niedergeschlagen. Was war hier Frauensünde, was Mannesmuth? Der Sohn ließ um seines eigenen Wohls Willen seinen Vater, seine Mutter, seine Schwestern verhöhnen und beleidigen, diese extrugen still, vielleicht sogar ohne Entrüstung die Schmach, die ihnen um eines ihrer Familienmitglieder angeladen wurde. Endlich war die Orgie zu Ende. Der Majomczky stand befriedigt auf, legte seine Arme um den Hals der Lebewesen und wandte sich zur Thür. „He, Du!“ rief er dem Wirth, „leuchte mir zu meiner Schlafstelle!“ Der Wirth gehorchte. Zwischen kam Alfred in die Stube hereingeschlichen. „Wenn sie doch nur erst schlafen gingen!“ flüsterte er, „ich brauche Futter fürs Pferd.“ „Tritt nicht so stark auf“ mahnte ihn Vladislau, „der Wirthssohn ist nicht besessen.“ „Oh, fürchte nichts; ich habe schon eine Quantität Hafer ausgeworfen.“ Bald darauf begann im Hause ein allgemeines Schnarchfonner; es hörte sich an, wie das Wichern eines Gauls, dem man Hafer in die Krippe schüttet. Auch die beiden Flüchtlinge suchten endlich ihre Schlafstelle auf. Sie wußten nun, was ein Majomczky ist.

W. G.

Neben das mehrerwähnte Geheim-Mittel gegen die Hundswuth.

(Aus der „Span. S.“)

Im Jahre 1777 kaufte Friedrich der Große von einem Bauer an der schlesisch-polnischen Grenze ein Geheimmittel gegen die Hundswuth, welches er dann öffentlich bekannt machen ließ. Dieses Geheimmittel bestand in einer Art Latverge, deren Hauptingredienz der Maiwurm (Meloë majalis oder Proscarabaeus — nicht zu verwechseln mit dem gewöhnlichen Mailäufer) war. Dieser Halbstäfer war früher schon als Volksschädling gegen die genannte Krankheit in Gebrauch, war aber dann vergessen worden (Jäger's mediz. Anweisung wegen der tollen Hundswuth, Tübingen 1782). Die Veröffentlichung des Geheimmittels auf Befehl Friedrichs des Großen brachte

Sache rückgängig zu machen, und setzte sich mit Kardinal Antonelli in Verbindung. Schließlich rief man sogar den Papst selbst an, jedoch Alles vergebens. Nach 48 Stunden — man hatte eine weitere Gnadenfrist von einem Tage genährt — verliehen zwei der genannten Damen Rom, während die dritte blieb und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Ein Gericht, als hätten sich die Ausgewiesenen diese Maßregelung durch die Verbreitung italienischer Bibeln zugeogen, wird entschieden als unbegründet in Abrede gestellt, während andererseits die Berichterstatter in dem Punkte übereinstimmen, daß dieselben im höchsten Grade harmlose Persönlichkeiten gewesen seien. Ein Grund für die Ausweisung wurde nicht angegeben und man glaubte, daß der Befehl von dem Papste persönlich ausgegangen sei.

Großbritannien und Irland.

Toronto, 5. April. (Tel.) Die Regierung von Kanada erhielt Kenntnis von einem beabsichtigten Fenitereinsfall.

Russland und Polen.

+ Wilna, 5. April. Zahlreiche Geistliche der katholischen Erzdiözese hatten an den Administrator dieser Erzdiözese den russisch gesetzten Prälaten Zyberki, aus Anlaß einer Ordensverleihung, an denselben Beglückwünschungsadressen gerichtet, worin sie zugleich Gelegenheit nahmen, der Solidarität mit den polnischen Unabhängigkeits-Bestrebungen zu entsagen und sich offen zum russischen Patriotismus zu bekennen. Wie vorauszusehen war, haben diese Loyalitätsadressen, in denen sich eine glühende Begeisterung für den Czaren und das russische Vaterland fundgab, nicht verfehlt, eine heftige Opposition unter dem polnischen Adel und der Geistlichkeit hervorzurufen. Freilich dürfen die Opponenten, wenn sie nicht als Hochverräther betrachtet werden wollen, nicht wagen, mit ihrer Agitation offen hervorzu treten; sie haben aber an zahlreiche polnische Geistliche einen anonymen Aufruf per Post übertragen, der die Unterschrift trägt: „Im Namen der polnischen Prälaten“ und worin die Adressaten unter Androhung des schweren Kirchenbannes gewarnt werden, sich nicht den „offenkundigen Aristokraten der Kirche“ und den Berräthern des Vaterlandes anzuschließen. Dieser plötzlich in ganz Litauen verbreitete Aufruf hat alle Behörden alarmirt und die Polizei entwickelt schon seit Wochen eine unermüdliche Thätigkeit, um den Verfassern und Verbreitern auf die Spur zu kommen. Es sind bereits mehrere Gutsbesitzer und Geistliche, deren polnische Gesinnung bekannt ist, verhaftet worden, doch scheint man die Urheber des Aufrufes noch nicht entdeckt zu haben. — Eine andere Veranlassung zur Verfolgung der katholischen Geistlichkeit in Litauen hat die neuerdings vom General-Gouvernement angeordnete Verwendung der russischen Übersetzung des lateinischen Rituals an die Pfarrgeistlichkeit gegeben. Viele Pfarrer haben nämlich die Annahme des ins Russische übersetzten Rituals, mit der sie zugleich die Verpflichtung übernehmen, davon Gebrauch zu machen, entschieden verworfene und sich dabei auf den unlängst erlassenen kaiserlichen Ucas berufen, der die Einführung der russischen Sprache beim katholischen Kultus der freien Entschließung der Gemeinden und Pfarrer überläßt. Diese Verufung ist aber den oppositionellen Pfarrern schlecht bekommen und sie sind deshalb im Disziplinarwege zur Verantwortung gezogen worden. Überhaupt hat es ganz den Anschein, als ob die Behörden ungeachtet des erwähnten kaiserlichen Ucas ihre Agitation für Einführung der russischen Sprache beim katholischen Gottesdienst mit ungeschwächtem Eifer fortsetzen werden.

■ Kaliisch, 5. April. Wie ich Ihnen vor einiger Zeit schrieb, sollte die Umwandlung der Wojtämter in ländliche Friedensgerichte schon zum 1. Juli vor sich gehen; nach einer neueren Bestimmung aber wird diese Reform noch versetzt werden, weil eines Theils man noch nicht in ausreichender Zahl geeignete Leute — Russen — für die neuen Stellen hat und

dasselbe wieder in Erinnerung und die sogenannte „preußische Latverge“ war das Präparat, welches in den Apotheken vorrätig gehalten werden sollte, und wohl noch heut hier und da darin unter dem Namen Electuarium Meloë majalis vorrätig gehalten wird. Es wurde das Insekt gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wegen seiner guten Wirkung gegen die Hundswuth viel gerühmt, aber auch wegen seiner gefährlichen Nebenwirkungen, die denen des inneren Gebrauchs der Spaniäfliegen (Kanthariden) sehr nahe stehen sollen, heftig getadelt. Später wurde es, so viel ich weiß, gegen die Hundswuth von Arzten nicht mehr gebraucht, wird aber heut noch in manchen Gegenden von den Bauern bewahrt, wenigstens der getrocknete und in Baumwolle eingewickelte Matwurm, um ihn in Notfällen zu verwenden.

Bor einige Jahren starb in Berlin in hohem Alter der Kanzleirath Büttner, der eine lange Reihe von Jahren im Handelsministerium ange stellt gewesen ist. Derselbe berichtete mir, damit ich es beliebt benutzen könnte, folgendes:

Sein Vater sei im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts an der schlesisch-polnischen Grenze als praktischer Arzt sehr beschäftigt gewesen und habe mit dem Matwurm Wunderkuren bewirkt, besonders gegen die Hundswuth, wo das Mittel stets einen sicheren Erfolg gehabt, aber auch gegen eingewurzelte Flechten, bösartige Geschwüre u. s. w. Wenn das Mittel in Pferd oder außer Gebrauch gekommen, so liege es nur in seine Bereitung und Handhabung. Der Matwurm (Meloë Proscarabaeus) — ein fliegloses Insekt — findet sich im Monat Mai an warmen Tagen auf grünen Abhängen und auf den grünen schmalen Rainen zwischen den Ackerfeldern. Es müsse beim Einsammeln nicht mit den Fingern aufgenommen werden, weil er dann einen schwach nach Moschus riechenden Saft von sich giebt, der das eigentlich Wirksame sei und dessen Verlust den Wurm für den Zweck der Heilung ganz wertlos mache. Man müsse ihm den Bart einer Gänselfeder entgegen halten, ihn auf denselben hinaufstreichen lassen und von diesem behutsam abstreifen, ihn in ein Glas thun. Hat man auf diese Weise eine große Anzahl gesammelt, so müsse man sie sämlich in eine große, mit Honig gefüllte Schale schütten und sie darin so lange halten, bis sie gestorben sind. Dann müsse man sie aus dem Honig herausnehmen, behutsam abwaschen und darauf jeden einzelnen Matwurm an seinem hinteren Theile aufbrechen. Man werde dann bei den meisten ein weisses, fast linsengroßes Bläschen bemerken, welches einen Saft enthält, der nach Moschus riecht. Diesen Saft müsse man ausdrücken und in einem wohl verschließbaren Gläschen sammeln.

Dieser Saft sei das Hauptagens und, wie der sel. Büttner behauptete, in seiner Wirkung gegen die Hundswuth, namentlich wenn er nach einem Tollhundbisse zur Verhütung der Folgen derselben gegeben wird, immer sicher, aber auch bei schon ausgebrochener Hundswuth habe er die sichersten Erfolge geleistet.

Zum Gebrauch müsse dieser Saft auf gepulverte Rauta (Pulvis herbas Rutae) getropft werden, so daß dieses ganz davon durchfeuchtet wird. Von diesem durchfeuchteten Pulver soll dreimal täglich ein Theelöffel voll eingegeben werden, und habe der Kranke mehrere Tassen Kaiserkronehon (Aufzug von Kaiserkrone oder auch von sogenannter Species Lignum) nachzutrinken. Es folgt dann eine Krisis von äußerst starken Schweißen mit sehr starker Harnabsondierung, und damit ist alle Gefahr besiegt.

Dr. Fr. Behrend.

man andern Theils noch nicht ganz einig darüber ist, welche Formen für die zu errichtenden Gerichte am Besten den Verhältnissen im Polen entsprechen dürften. — Das Obertribunal zu Warschau hat in einem Prozeß, in welchen ein Gutsbesitzer aus der Umgegend mit dem Rentenfiskus seit zwei Jahren wegen Verkürzung bei der Ablösung der Bauern verwickelt war, zu Gunsten der ersten erkannt und ist der verurteilte Fiskus mit der Rekurrenzlage zurückgewiesen worden. Es ist dies der erste Fall, daß einem Kläger wegen Verkürzung bei der Ablösung Recht gesprochen worden und alle derartigen Beschwerden und Reklamationen waren bisher ohne jeden Erfolg, so gerecht sie auch seien möchten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 6. April. (Tel.) Der Senat hat das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Grundsteuer, abgelehnt. — Gerüchteweise verlautet, daß ein Ministerwechsel bevorstehe.

A s s i e n.

China. Nach einem der „Bonner Zeitung“ zugehenden Schreiben aus Kanton sind Anfang Februar daselbst 34 Piraten binnen einer halben Stunde enthaftet worden. Es waren dies diejenigen, welche die norddeutsche Bark „Apenrade“ überfallen hatten. Als Zeichen der geschehenen Exekution wurden von der chinesischen Regierung dem Kapitän Streuben des Kriegsschiffes „Medusa“ die beiden Schwerter übersandt, mit welchen man die Raubgesellen hingerichtet hatte.

A m e r i k a.

Newyork, 6. April. (Tel.) Die Revolution in Venezuela nimmt größeren Umfang an, die Insurgenten unter Blanko rücken gegen Caracas vor.

Brasilien. Vom Kriegsschauplatz in Paraguay berichten die mit der brasilianischen Post eingelaufenen Zeitungen die erlauchten Gründe für die letzten Truppenbewegungen. Wir erschließen daraus, daß nach den von Deserteuren gemachten Mitteilungen Lopos mit einem Haufen von etwa 1000 Mann stellte sich in Cerro Cora festzusezen, über Chiriguero nach dem verlassenen brasilianischen Fort Miranda abgesogen sein sollte, um von dort aus nach Bolivia zu gelangen. Um ihm den Weg dahin zu verlegen, marschierte General Camara mit seinem Corps nach Dourados in Matto Grosso. Das war am 10. Februar und einige Tage später rückte eine andere Abteilung ab, um dem Flüchtigen auch einen möglichen Kontremarsch abzuschneiden. Die Handlung spielt demnach in den abgelegenen, unbewohnten Landstrichen von Matto Grosso, und es wird unter allen Umständen einige Zeit vergehen, bis weitere Nachrichten erwartet werden können.

Norddeutscher Reichstag.

37. Plenarsitzung.

Berlin, 7. April. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, v. Philipsborn u. A. Der Additional-Postvertrag mit Schweden passiert ohne Debatte die 3. Lesung. Die Beratung des Strafgesetzbuches wird bei dem 23. Abschnitt (Urkundenfälschung) aufgenommen und derselbe ohne Debatte erledigt. Der 24. Abschnitt „vom Bankrott“ wurde ursprünglich von der Kommission gestrichen, nach der Spezialberatung jedoch restituirt.

Lasse nimmt den Antrag auf Streichung wieder auf, da diese Materie bei der allgemeinen Konkursordnung ohnehin zu behandeln sein werde, und Inkongruenzen in der Behandlung von Kaufleuten und Nicht-Kaufleuten entstehen könnten. Es empfiehlt sich überhaupt nicht, in Bezug auf strafrechtliche Bestimmungen den Kaufleuten eine Sonderstellung zu geben. Nachdem die Schulhaft aufgehoben und die Mobiliarexekution als einzige Sicherung übrig geblieben sei, werde auch für Nicht-Kaufleute die Konkurs-Eröffnung eingeleitet und gegen sie wegen betrügerischer Handlungen zur Bestrafung von Vermögensgegenständen ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet werden müssen. Alles das des Nächsten zu bestimmen, sei nicht hier, sondern im allgemeinen Konkursrecht der Ort, sonst laufe man Gefahr, nach wenigen Jahren die jetzt angenommene Bestimmungen wieder abändern zu müssen.

Evelt: Die 22 Konkursordnungen der Bundesstaaten seien reformbedürftig und müßten einheitlich geregelt werden, aber bei Streichung des Abschnitts würde eine Materie in dem Strafgesetzbuch fehlen, die in alle Strafgesetzbücher aufgenommen sei, also eine Lücke entstehen, so daß vorläufig noch die Landesgesetze in Kraft bleiben müßten. Bundeskommissar Friedberg: Der Bundesrath lege großen Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Abschnitts: die Grundsätze derselben seien wohl vereinbar mit allen im Bunde vorhandenen Konkursordnungen. Lasker erklärt sich gegen die Streichung.

Schwarz: In Bestimmungen über den Bankrott von Kaufleuten liege kein Standesrecht, kein Privilegium, höchstens ein privilegium odiosum, eine Standespflicht, die aber in genauem Zusammenhange steht mit dem kaufmännischen Kredit überhaupt. Auf die Konkursordnung, die allerdings einheitlich geregelt werden müßten, könne man doch nicht in kurzer Frist rechnen, daher man vorläufig diese Bestimmungen aufnehmen möge als gar keine.

§ 276 (der erste des 24. Abschnitts) wird angenommen. Zu § 278 (Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, werden wegen einschlägiger Bankrotts mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wenn sie 1) durch Aufwand, Spiel oder Differenzhandel mit Waren oder Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht haben oder schuldig geworden sind; 2) Handelsbücher zu führen unterlassen haben, deren Führung ihnen gesetzlich oblag, oder dieselben verheimlicht, vernichtet oder so unordentlich geführt haben, daß sie keine Übersicht des Vermögenszustandes gewähren, oder 3) es unterlassen haben, die Bilanz ihres Vermögens in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit zu ziehen“) hat die Kommission vorschlagen, folgenden Passus hinzuzufügen: „4) obwohl ihnen bekannt war oder bekannt sein mußte, daß ihre Schulden das Vermögen erheblich überschreiten, neue Schulden gemacht, oder Waren oder Kreditpapiere erheblich unter dem Werthe verkauft haben.“

Lasker beantragt diesen Zusatz zu streichen. Der Begriff „erheblich“ sei gar nicht festzustellen; der redliche Kaufmann werde dadurch nur verhindert, gewisse Glücksumstände zu benutzen und dadurch seine Vermögensstände zugleich zu verbessern und seine Gläubiger zu befriedigen. Dieser Zusatz werde einen Schutz für das leichtsinnige Kreditgebinde konstituieren und der Kreditgeber sich durch ihn geschützt glauben. Jedenfalls sei der Zusatz nur annehmbar, wenn man statt „oder Waren“ seye „und Waren“; nur das Schuldnehmen über das Vermögen hinaus in Verbindung mit dem Verkaufe von Waren unter dem Werthe mache das Vorhandensein betrügerischer Handlungen wahrscheinlich. Redner will daher, im Falle der Ablehnung seines Antrages, die Worte so wie er vorgeschlagen, abgeändert, außerdem aber dann auch die Worte „oder Kreditpapiere“ die gar keinen Sinn hätten, gestrichen wissen.

In demselben Sinne sprechen sich Seyffardt, Gebert, Ross aus, auch Dr. Leonhardt erklärt sich mit der Streichung des Zusatzes einverstanden, während v. Luck den Antrag der Kommission in Schutz nimmt und sich in die Änderungen, die Lasker in Nr. 4 empfohlen hatte, fügen will. Mit denselben wird der Zusatz genehmigt.

Abschnitt 25 handelt von dem „strafbaren Eigennutz“ oder Verleugnung fremder Geheimnisse. § 283 (Wer einen Anderen vom Mitbieten oder Weiterbieten bei einer von einem Beamten vorgenommenen Versteigerung, dieselbe mag Verkäufe, Verpachtungen, Verdingungen, Lieferungen, Unternehmungen oder Geschäfte irgend einer Art betreffen, durch Gewalt oder Drohung, durch Versprechen oder Gewährung eines Vortheils abhält, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft) beantragt Lasker ganz, Kaufmann wenigstens in seinem gesperrten Theil zu streichen. Meyer: Die Nachtheile, die durch ein Abhalten vom Weiterbieten unter Umständen für den Fiskus entstehen könnten, würden auch die vorgebrachte Strafbestimmung nicht gehindert, während auf der anderen Seite der arglose Mensch ohne Verhüllungen einer hohen Strafe verfallen könne. Streiche man daher diese wunderliche Bestimmung.

Bundeskommisar Friedberg: Diese Bestimmungen bestehen bereits

seit 80 Jahren in Preußen und ebenso in der französischen Gesetzgebung. Das Strafmaß lasse Raum genug, um argloses und bewußtes Handeln zu unterscheiden.

v. Hennig: Es sei allerdings ein altes, aber ein schlechtes Gesetz. Redner kann Fälle aus seiner Erfahrung anführen, in denen achtbare Männer ohne eine Ahnung von der Existenz einer solchen Strafbestimmung den Folgen derselben unterlagen. Daß sie sich in 80 Jahren nicht in das Volksbewußtsein und das Leben habe Eingang verschaffen können, sei der beste Beweis dafür, daß sie schlecht sei. v. Sybel erklärt sich für Aufrechterhaltung des Paragraphen, der sich im Interesse der kleinen Grundbesitzer und gegen das Verfahren der gewerbsmäßigen Aufäufer am Rhein wohl bewährt habe.

Lasker: Soll der Paragraph auch gegen Personen angewendet werden, die um sich nicht gegenseitig zu überbieten, zu einem Konsortium zusammen treten, um eine Eisenbahn zu übernehmen. v. Sybel: Das würde nicht unter diesen Paragraphen fallen. Dagegen ist Cornelius Laskers Ansicht und fügt hinzu: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. (Heiterkeit.) Der Paragraph wird gestrichen.

§ 284 wird nach Lasse so gefaßt: „Wer bei einer ihm drohenden Zwangsvollstreckung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu verhindern, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Gläubigers ein.“ § 288 lautet: Wer an Orten, an denen er zu jagen nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundert Thalern oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Hierzu beantragt Lasker, statt „bis zu 100 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten“ zu setzen „bis zu 50 Thlr. oder Haft“. v. Puttkamer (Fraustadt) beantragt, dem Paragraph hinzuzufügen: „Die Verfolgung tritt nur auf Antrag an“. Der Antrag Laskers wird abgelehnt, der Puttkammers angenommen und mit demselben der § 288.

§ 291 lautet: Neben der durch das Jagdvergehen verwirkten Strafe ist, auf Einziehung des Gewehrs, des Jagdgeräths und der Hunde, welche der Täter bei dem unberechtigten Jagden bei sich geführt hat, ingleichen der Schlingen, Netze, Fallen und anderen Vorrichtungen zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Lasker beantragt, statt der Worte „ohne Unterschied ic.“ bis zu Ende zu setzen: wenn sie dem Verurteilten gehören, oder wenn sie bei dieser Gelegenheit oder früher von dem fremden Eigentümer zu dem ihm bekannten Zwecke unberechtigten Jagden dem Verurteilten oder einem Anderen überlassen worden sind. Mehrere Redner führen Beispiele für und wider dies Amendement an. Endlich erklärt Referent v. Leveckow: Die Kommission habe zu diesem Paragraphen sämtliche Anträge abgelehnt, weil sie meinte, daß der Paragraph sonst effektlos werde. Der Laskersche Antrag wird abgelehnt und der Puttkammers angenommen und mit demselben der § 288.

§ 292 lautet: Wer unberechtigt fischt oder krebst, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“ Lasker beantragt, statt „bis zu 100 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu einem Monate“ zu setzen „bis zu 50 Thlr. oder mit Haft“; Graf Münter: diem Antrag resp. dem Paragraphen zuzufügen: „die Strafe kann auf Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder auf Gefängnis bis zu 6 Monaten erhöht werden, wenn das unberechtigte Fischen oder Krebsen zur Nachzeit bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explosiver Stoffe geschieht.“ v. Puttkammer (Fraustadt) will auch diesem Paragraphen zufügen: „die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

v. Hoverbeck bittet diesen und den Laskerschen Antrag anzunehmen, den Münterschen aber aber abzulehnen, weilger für diese Vergehen höhere Strafen normale als selbst beim Wildbeschlag, der, weil der Täter bewaffnet sei, für die Aufseher doch weit gefährlicher werden könnte. Graf Münter: Sein Antrag zielt nur auf die Arten von Fischen ab, die auf ganze Strecken die Fischzucht verheeren, namentlich durch Anwendung von ungünstigem Kalk. Siegler: Nehmen Sie das Gesetz an, so ist in der guten Stadt Brandenburg nicht ein Mensch, der ihm nicht verziele; denn dort schwimmt Alles, ohne zu wissen, wann man es gelernt hat. Man lernte es zugleich mit dem Gehren, und das Fischen vor dem Aoc. Deshalb bitte ich den Laskerschen Antrag anzunehmen. Gegen die Festsetzung besonderer Strafen gegen Anwendung künstlicher Mittel zum Töten der Fische habe ich nichts. Bundeskommissar Friedberg empfiehlt die Annahme des Paragraphen und hat gegen den Münterschen Antrag keine Bedenken. — Günther (Sachsen): Werden Vergehen, wie sie dieser Paragraph hinstellt, nicht streng bestraft, so wird unser Vaterland nach und nach fischarm werden. — Die drei Anträge werden angenommen und mit ihnen der Paragraph.

In § 296, welcher Rechtsanwalte, Aerzte, Hebammen, Apotheker ic., wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, beantragt Löwe hinter „unbefugt“ einzufügen „in mißbäuerlicher Weise“. Er will durch diesen Zusatz das Wort unbefugt deklarieren und die von dem Paragraphen bedrohten Personen gegen erschändliche Verfolgungen schützen. Schwarze hält den Zusatz für überflüssig, da der Richter das Wort „unbefugt“ nur im Sinne des Antrages interpretieren werde. — Der Antrag wird abgelehnt.

§ 297 bestraft denjenigen, der in gewinnfütiger Absicht und unter Benutzung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen sich vor demselben Schuldsherrschaft, Wechsel oder andere eine Zahlungspflicht enthaltenden Urkunde (ehrenwürdige Verpflichtungen fallen unter den folgenden Paragraphen) ausstellen oder mündlich ein Baylungsvorsprechen ertheilen läßt, mit Geldstrafe bis 1000 Thaler oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. — Lasker will diesen Paragraphen streichen. — Bundeskommissar Friedberg tritt dem entgegen unter Hinweis auf die zahlreichen Fälle, in denen Wucherer, den Leichtsinn Minderjähriger benutzt, das Glück ganzer Familien vernichten. Meyer: Baylungsvorsprechungen Minderjähriger sind an sich rechtsgültig, der Versuch, die Verpflichtung durch Schreiberei bindend zu machen, fällt unter den folgenden Paragraphen, wir haben also gar keine Veranlassung, die vorliegende Bestimmung aufrecht zu erhalten. Adermann hebt den schändlichen Einfluß der Wucherer hervor, die die jungen Leute in ihren Wohnungen aufzufügen und durch Anerbitten von Geld verführen.

Ziegler: Ich bin niemals so glücklich gewesen, daß mir die Wucherer das Geld ins Haus gebracht hätten; ich habe als junger Mann immer zu ihnen gehen müssen, und bin ihnen noch heute dankbar, daß sie mir aus der Verlegenheit geholfen. Die Fälle, auf die man hier mehrfach hingewiesen hat, sind nur ein Symptom eines Gebrechens unserer Zeit. Wenn Sie überall da, wo ein solches Symptom zu Tage tritt, darauf loszuschlagen, so schlagen Sie doch das Gebrechen selbst nicht tot, sondern ruinieren nur den Staat und machen ihn zu einer Anstalt für verwahrloste Kinder. (Beifall.)

Graf Schwerin erinnert daran, wie oft die Eltern für den Leichtsinn ihrer Kinder büßen müssen; es sei dies eine Erfahrung, die mehr oder weniger wohl schon jeder im Hause gemacht habe. Auf eine Interpellation aus der Mitte der Versammlung erklärt Redner, daß seine eigenen Söhne ihm glücklicherweise diese persönliche Erfahrung erpart hätten. Er bittet durch Annahme des § den „Halsabschneider“ das Handwerk zu legen.

v. Brauchitsch findet den Ausdruck „Halsabschneider“ noch viel zu milde. „Gurgelabschneider“ sei der passende Ausdruck für jene Menschenklasse, die die Unerschaffenheit der eben erkt aus der Schule entlassenen jungen Leute für ihre selbstlichen Zwecke ausbenutzen. Die vielfach in der Armee vorkommenden Fälle sollten dem Hause als warnende Beispiele dienen. Nicht bloss die junge Adel, sondern auch alle anderen Gesellschaftsklassen, denen ja die Reihen des Militärs ebenso geöffnet seien, müßten unter diesen Verhältnissen leiden; der Student finde sich ja in der selben Gefahr. Den Unterschied zwischen der einfachen und der Verpflichtung auf Schreiberei möge man nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Bei einem älteren Manne z. B. einem Major, von dem in der Kommission die Rede war, sollte die Verleugnung einer ehrenwürdigen Verpflichtung freilich sehr ins Gewicht, einen solchen würde er auch ohne Weiteres fallen lassen, bei einem 18jährigen Menschen aber dürfe man deshalb noch nicht jede Hoffnung aufgeben.

Der Antrag Laskers wird abgelehnt, § 297 also angenommen. § 298 setzt für denjenigen, der in gewinnfütiger Absicht und unter Benutzung des Leichtsins oder der Unerschaffenheit eines Minderjährigen (diese gesperrten Worte sind ein Zusatz der Kommission) sich von demselben unter Verpfändung der Ehre oder ähnlichen Verpflichtungen die Gewährung einer auf Geld oder geldwerte Sachen gerichtete Verpflichtung versprechen läßt, eine Geldstrafe bis zu 1000 Thlr. oder Gefängnis bis zu einem Jahre fest. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden.

Bundeskommisar Leonhardt bittet den Zusatz der Kommission ab-

zulehnen, da die Annahme einer ehrenwürdlichen Verpflichtung von Minderjährigen in jedem Falle bestraft werden müsse. Meyer sieht den Grund, jemand zu bestrafen, der beispielsweise einem noch minderjährigen Kaufmann zu einem vorteilhaften Geschäft Geld auf Ehrenwort leihen möchte, die man verfolgen wolle, würden durch den Zusatz der Kommission vollkommen getroffen. Dr. Leonhardt bittet, nicht immer auf eine Falle zu exemplifizieren. Ein Beispiel, wie das angeführte, sei sehr ungern den Paragraphen, die das Gebot des gemeinen Rechts gar nicht maßgebend sein für eine Gesetzgebung Deutschlands. Abg. v. Wedemeijer: Wenn die jungen Leute nicht gegen die Verführung zum Ausstellen Ehrenrechten geschützt würden, so untergräbe man Wohlstand und Glück. Abg. v. Hoverbeck bemerkt dem Bundeskommissar, daß die Anführung spezieller Fälle geboten sei, denn das Gesetz solle auf spezielle Fälle angewendet werden und sei für einen speziellen Fall erfunden, deshalb werde er gegen den ganzen Paragraphen stimmen. Wollen die jungen Leute vor Verführung zur Übernahme ehrenwürdlicher Verpflichtungen schützen, so solle man ihnen vor Erreichung eines gewissen Alters die Streichung des Ehrenwortes gesetzlich verbieten.

Der § 298 wird hierauf in der Fassung der Kommission angenommen. Den § 299 „Die in den §§ 297 und 298 angedrohten Strafen werden nicht durch den Einwand ausgeschlossen, daß die Minderjährigkeit unbefangen sei, oder daß der Minderjährige sich für volljährig ausgegeben habe, aber durch den Nachweis solcher Umstände, unter welchen der Minderjährige als Großjähriger betrachtet werden könnte“ — beantragt Lasker, daß er den Doktor schlechthin voraussehe. Sehr oft könne der Doktor nicht wissen, ob er mit einem Minderjährigen zu thun habe; solle er ihm denn an der Brüste, am Bart, an der Nase absehen? Ref. v. Wedemeijer: Durch die Streichung dieses Paragraphen würden §§ 297 u. 298 illusorisch werden. — Er wird gestrichen.

Abschnitt 26 handelt von der Sachbeschädigung. § 300 setzt für vorläufige und rechtswidrige Beschädigung einer fremden Sache Geldstrafe bis 100 Thlr. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren. Bähr will hinzufügen: „Auch der Versuch ist strafbar“, ein herumziehender Knochenhändler habe den ganzen Viehstand eines Gutsbesitzers mit Arznei zu vergiften gesucht, ohne dafür bestraft werden zu können, weil nach dem Strafgesetzbuch der Versuch nicht bestraft wird. v. Luck: Dieser Knochenhändler war ohne Zweifel ein sehr gefährliches Individuum, dem ein Kind nicht begegnen darf. Wollen Sie auch den Versuch für strafbar erklären? Aber einzelne Fälle beweisen gar nichts. Wollen Sie auch den Versuch für strafbar erklären, Fenster einzuhauen, selbst wenn der Stein nur unschädlich in die Luft geslogen ist? Miquel, v. Behmen und v. Bernuth für den Anteil.

v. Hoverbeck: Man kann sich gewiß recht schlimme Fälle vorstellen, aber die Mehrzahl der Fälle wird doch höchst unschuldiger Natur sein, wir am liebsten unbefangen sehen möchten. Nehmen Sie daher den Antrag Lasker, der gleichfalls gegen den Antrag stimmen, da auch bei weit schwereren Vergehen der Versuch nicht für strafbar erklärt sei. — Der Antrag wird mit 83 gegen 79 Stimmen angenommen, und demgemäß auch zu §§ 301 und 302 derselbe Passus hinzugefügt.

In dem § 301, welcher vor der Beschädigung von Denkmälern antritt, handelt, beantragt der Abg. Kryger, solche Denkmäler namentlich aufzuführen, welche wie das Denkmal zu Celle oder zu Flensburg zur Errichtung an gefährliche Staatskrisen errichtet seien. Das Denkmal zu Flensburg sei zum Andenken an die Rettung des Staates aus gefährlicher Stunde errichtet worden. Unter dem König Christian IX., dessen legitimes Recht an die Erbfolge in den Herzogtümern auch von preußischen Kronprinzen anerkannt sei, habe man das Denkmal, dessen Tendenz durchaus keine beispielswise Anführung des Denkmals in Flensburg gebe dem Redner keinen Recht, ausführlich auf eine von dem Gegenstand der Debatte fern abliegenden Sache einzugehen. Kryger: Es werden hier so viele Geschichten erzählt, also kann ich auch wohl diese erzählen. — Präsident: Die Erzählung von Geschichten, welche mit dem § 301 nicht in Verbindung stehen, werde ich nicht zulassen. — Kryger: Nun, wenn ich auch vier nicht abholbare Worte bekomme kann, so ist das kaurig. — Sein Antrag wird abgelehnt. (Ende folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. April.

— Der Kleinkinder-Schutzverein zu Gnesen, dessen Komitee aus 14 (theils christlichen, theils jüdischen) Damen und dem Propstei Grabski als Rendanten besteht, hat in diesen Tagen von der Frau Kronprinzessin einen Beitrag von 20 Thlr. erhalten mit einem sehr huldvollen Schreiben, worin die Anerkennung der Wohlthätigkeit des Vereins und große Freude darüber, daß auch in Gnesen so gefühlvolle Menschen sich gefunden, die sich zur Aufgabe gestellt haben, den armen Kindern so viel als möglich die fehlende mütterliche Pflege zu ersetzen, ausgesprochen worden ist. Die Zahl der kleinen

Auf das ärztliche Gutachten des Hrn. Medizinalraths Dr. Rehfeld, welcher die Jöglinge der Anstalt untersucht, sind am Mittwoch die gefundenen unter denselben sämtlich entlassen, die kranken dagegen einer Heilanstalt übergeben worden. Es ist demnach der dritte Fall in unserer Stadt, daß die Augenentzündung in einer Anstalt, wo die Jöglinge enge beisammen wohnen und sich auch vielleicht derselben Waschwassers und derselben Handtücher bedient haben, an Ausbreitung gewonnen hat: das Kozmiansche Institut, das Alumnat beim Mariengymnasium und nun das Schullehrer-Seminar. In den Krankenanstalten dagegen, wo die Schüler nur einige Stunden des Tages beisammen leben, sind bis jetzt höchstens vereinzelte Erkrankungsfälle vorgekommen, und kann demnach von einer Ausbreitung der Augenentzündung in unsren Lehranstalten glücklicher Weise keine Rede sein. Hoffentlich werden die von den Behörden getroffenen Maßregeln, sowie das Hinzutreten der Osterferien genügen um in den Pensionen ic. jede Spur der Krankheit zu vertilgen und vielleicht übertriebene Besorgnisse vor Anstiftung in den Lehranstalten zu beseitigen.

Das ehemalige Gebäude des Mariengymnasiums in der Jesuitenstraße, welches um d. J. 1700 errichtet wurde, und in welchem sich bis zum Jahre 1858 das Mariengymnasium, hervorgegangen aus dem ehemaligen i. J. 1573 gegründeten Jesuiten-Kollegium, befand, wurde in neuerer Zeit in einem Theile seiner zahlreichen Räumlichkeiten von etwa 80, den weniger bemittelten Ständen angehörigen Pensionären des Kozmianschen Instituts bewohnt, während die reicherer derselben, welche eine bedeutend höhere Pension zahlen, in dem ehemaligen Hotel de Vienne bei der Petrikirche ihre Wohnungen haben. Bei Michaeli d. J. soll nun das Pensionat aus dem Gebäude des ehemaligen Mariengymnasiums nach dem Hotel de Vienne verlegt werden, so daß alsdann beide Pensionate vereinigt sein werden. Bedenfalls wird dies für den Gesundheitszustand der Pensionäre sehr förderlich sein, da einerseits das ehemalige Hotel de Vienne groß genug ist, um einer so bedeutenden Anzahl von Pensionären geräumiges Unterkommen zu gewähren, andererseits aber auch die Zimmer im ehemaligen Mariengymnasium dunkel und unfeindlich, die dagegen im Hotel de Vienne licht und gut ventilirt sind. Die meisten Pensionare besuchen das Mariengymnasium, einige auch die Realchule. Das ehemalige Gebäude des Mariengymnasiums gehört der St. Maria-Magdalenen-Gemeinde, und zahlte der Staat an dieselbe, so lange sich dort das Gymnasium befand, eine jährliche Miete von 2000 Thlr., während der jetzige Mietvertrag 2100 Thlr. beträgt.

Ministerialverfügung. Für einen großen Theil unserer Landwirthe wird die aus den Ministerien neuerdings ergangene Bestimmung von Interesse sein, daß der An- und Verkauf „roher“ Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, für welchen es nach § 55 der Bundes-Gewerbeordnung keines Legitimationsscheins bedarf, nach § 4 des Hausr.-Regulativs vom 28. April 1824 nur dann gewerbefeuerfrei ist, wenn der Gewerbetreibende derartige „selbstgewonnene“ Erzeugnisse, welche zu den Gegenständen des Wochenmarkts-Verkehrs gehören, innerhalb des zw. in einem Umgebungsraum seines Wohnortes und ohne Benutzung eines Fuhrwerks an- oder verläuft. In allen übrigen Fällen ist der An- und Verkauf roher Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues steuerpflichtig, und es bedarf dazu der Lösung eines Gewerbescheines.

Vielfach ist die Meinung verbreitet, daß durch die neue Bundes-Gewerbe-Ordnung sich diejenigen Pflichten geraubt hätten, welche nach Ortsstatuten den Arbeitgebern gegenüber den Krankenkassen der Ge-sellen und Fabrikarbeiter obliegen. Diese Bestimmungen sind aber, wie ausdrücklich erläutert worden, in Kraft geblieben. Danach soll, vor wie nach, kein Handwerkmeister oder Fabrikositzer Gesellen, Arbeiter ic., die nicht bei einer Kranken- ic. Kasse gemeldet, beschäftigen, muß auch die rückständigen Beiträge der bei ihm in Arbeit stehenden Gesellen ic. der Kasse vorschicken, wie dies bisher die Statuten vorgeschrieben haben.

Die Stellung der preußischen Wundärzte erster Klasse (nicht promovirte Medilo.-Chirurgen) wird immer unklarer. Bisher konnten sie an Orten, an welchen sich keine promovirte Medizinalperson befand, die gesamme ärztliche Praxis ausüben, wurden beispielsweise in der Rheinprovinz als Distriktsärzte angestellt und die Berechtigung zur Anstellung als Armenärzte ihnen anderweit noch zugesprochen. Neuerdings hat sich nun das herzoglich sachsen-meiningenische Staatsministerium an das Bundeskanzleramt mit dem Verlauen um Auskunft über die Ansicht gewandt, die dasselbe über die Anstellung der Wundärzte erster Klasse als Staats- oder Gemeinde-Armenärzte habe. In der Antwort des Bundeskanzleramtes heißt es nun nach Bezugnahme auf eine früher schon mitgetheilte Verfügung betreffs Annahme des ärztlichen Titels durch jene Wundärzte folgendermaßen: Die Gründe, welche das Bundeskanzleramt abgehalten haben, die Berechtigung der gedachten Medizinalpersonen zur Führung des ärztlichen Titels anzuerkennen, führen nach der Ansicht des Bundeskanzleramtes konsequenter Weise auch dahin, denselben die Fähigkeit zu bestreiten, von Seiten des Staates oder einer Gemeinde mit amtlichen Funktionen als Aerzte betraut zu werden, da der § 29 der Gewerbeordnung die Approbation als Arzt, welche im vorliegenden Falle aber nicht als erheblich angesehen werden darf, ist die gemeinsame Vorbedingung, sowohl für die Führung des ärztlichen Titels, als für die Übertragung amtlicher Funktionen hinzuft. (Bei Kreis-Chirurgen werden, soweit uns bekannt, die Wundärzte erster Klasse heute noch in Preußen ernannt.)

Aus Westpreußen wird berichtet: Auch der Vorstand des polnischen Vereins zur Unterstützung der moralischen Interessen hat einen Aufruf erlassen, in welchem er zur Gründung landwirtschaftlicher Vereine in allen Pfarrdörfern ermuntert. Das Ziel des Vereins ist Beliebung in landwirtschaftl. Angelegenheiten, sowie Bildung und Erziehung der Jugend. Mitglied des Vereins kann jeder Bewohner des Ortes sein, welcher die Pflicht übernimmt, nicht nur regelmäßig den Sitzungen beizuwöhnen, sondern auch ein nüchternes und moralisches Leben zu führen, die Kinder regelmäßig zur Schule zu schicken und bei Schulprüfungen sich zu beteiligen. Jedes Mitglied muß die Wünsche des Vereins nach jeder Seite hin erfüllen; Ehrenmitglieder sind hiervom befreit. Ferner sollen in Städten und Dörfern Volksbibliotheken errichtet werden. Ganz arme Gemeinden erhalten Bücher unentgeltlich und haben sich dieserhalb beim Gutsbesitzer Ignaz Lyskowsky in Wileszow per Fablonowo zu melden. Die Sitzungen in den einzelnen Pfarrdörfern und Städten sollen gleich nach der Vesperandacht am Sonntage abgehalten werden.

+ Bojanowo, 6. April. [Schulprüfung.] Wer von uns nicht gerade Stadtverordneter oder Familienvater oder sonst eine distinguierte Persönlichkeit zu sein die Ehre hat, dem verräth nichts die herannahende Schulprüfung; er kann höchstens vermöge der Kombination, daß die Schuljugend nicht im gewöhnlichen Alltagskleide zur Schule wandert, zu der fünen Vermuthung ihres Vorhandenseins gelangen. Und in der That sind es nicht Wenige, welche derartig kombiniren müssen, denn ein Programm zur Prüfung wird nicht jedem Sierbischen zu Theil; es gehört aber dazu, außer den oben angekündigten Eigenschaften auch eine gewisse Kunst, und alldiewel sich nicht jeder einer befördern Kunst zu erfreuen hat - giebt's kein Programm. Dieser Verlust wäre allerdings leicht zu verschmerzen; denn das Programm aus einem Quartblatt bestehend, enthält außer der Ankündigung von dem Beginn, dem Schluss und der Eintheilung der verschiedenen Klassen bei der Prüfung nichts, absolut nichts, was sich der Versprechung verlohnt. - Wenn wir uns nun trotzdem in den Prüfungssaal degeben, so geschieht dies lediglich in der Absicht, um einen wenn auch nur oberflächlichen Eindruck in das Wesen der hiesigen Bürgerschule, das sich schon viele Jahre der öffentlichen Mittheilung entzieht, zu gewinnen. Ueber das Resultat der eigentlichen Prüfung, welche vorgestern und gestern stattgefunden, dürfen wir uns wohl auf die Mittheilung beschränken, daß die Fortschritte im abgelaufenen Schuljahre hinter den früheren nicht zurückgeblieben sind.

Neustadt b. P., 6. April. [Baumpfanzungen.] Wie ich höre, sind Seitens der hiesigen städtischen Verwaltung für ca. 200 Thlr. junge Obstbäume angekauft worden, um mit denselben nicht nur die öffentlichen Fahrwege, so weit das hiesige Territorium reicht, sondern auch die nach der erfolgten Separation neu eingerichteten zu den Ländereien führenden Wege zu bepflanzen.

II Pleschen, 6. April. [Kreistag. Töchterschule.] Die Stände des hiesigen Kreises sind durch landräthliches Schreiben vom 18. März d. J. zu einem Kreistage auf den 18. Mai c. eingeladen. Unter die Vorläufige ist auch der Bau einer Chaussee von Pleschen nach Robakow und die Unterhaltung der Chausseebauten von Witajzyce resp. Wyżki nach Dobryca, sowie von Kuczkow nach Kaschlow aufgenommen worden. In der Vorlesung, daß der Kreisrichter Kreis, welcher an dem Chausseebau von Witajzyce nach Dobryca allein ein Interesse hat, den Bau ausführen wird, soll ihm eine Subvention von 5000 Thlr. bewilligt werden. So viel uns

kannt, hat der Rittergutsbes. Cohn für den Fall, daß diese Chaussee über Balkew oder Prussia nach Witajzyce führt, eine Beihilfe von 1000 Thlr. zusichert. Die Chaussee von Kuczkow nach Kaschlow beabsichtigt ein Konzert von Rittergutsbesitzern unter Buhlschaftnahme der Staats-Prämie und eine Unterhaltung des Kreises, welche letztere auf 5000 Thlr. arbitriert werden, auszubauen. Die Kosten für Ausführung aller dieser Bauten sollen durch eine Anleihe, im Betrage von höchstens 51,000 Thlr., welche mit 5 p.C. zu verzinsen und mit 2 p.C. zu amortisieren ist, gedeckt werden. Wir sind der Meinung, daß eine jede Chaussee den Wohlstand und die Steuerkraft des Kreises erhöht und erwarten dies vorzugsweise von einer, den ertragreichsten Theil des Kreises durchschneidenden Chaussee von Pleschen nach Robakow. Wir begrüßen daher die Vorschläge des Hrn. Landrats mit Freuden und geben uns der Hoffnung hin, daß dieselben überall im Kreise den ungetheiltesten Erfolg finden werden. - Der Vorsteherin der hiesigen höheren Töchterschule, Fr. Luisa Thiele, ist in Folge der Osterprüfung in diesen Tagen durch das nachstehende anerkennende, aus dem Gefühle der Dankbarkeit hervorgegangen und von allen Familienvätern, welche ihre Töchter dem Thielmeschen Institute anvertraut haben, unterzeichnete Schreiben eine unerwartete Freude bereitet worden. Nachdem das abgelaufene Schuljahr am 30. v. M. seinen Abschluß erlangt hat, drängt es die unterzeichneten Familienväter, welche die Osterprüfung in ihrem Institute beigewohnt haben, Ihnen und den an Ihrer Anstalt wirkenden Lehrern und Lehrerinnen den herzlichsten Dank für Ihren unermüdlichen Fleiß, Ihren Eifer und Ihre Pflichttreue, mit welcher Sie die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder hingegeben haben, auszudrücken. Ihr von sittlichem Erfolge begleitetes Wirken ist um so höher anzuerkennen, als die geringe Zahl der Jöglinge Ihnen in materieller Beziehung einen ungenügenden Ersatz für Ihre aufopfernde Tätigkeit gewährt hat. Wenn wir auch mit Freuden jedes Opfer bringen werden, Ihnen, hochgeehrtes Fräulein, Ihre Stellung, Ihr Wirken zu erleichtern, so wollen Sie doch auch in den sittlichen Fortschritten unserer Kinder, die Sie durch Ihr Beispiel zu gesitteten und wohlgemachten Mädchen heranbilden und in dem Danks der Eltern Lohn für Ihre aufopfernde Mühe finden. Möge der Himmel Sie, hochgeehrtes Fräulein, und die an Ihrer Anstalt wirkenden Lehrkräfte auch ferner mit seinem Segen begleiten und Ihr Institut zum Ruhm und Grommen der Stadt Pleschen von Tag zu Tag an Ausdehnung mehr gewinnen lassen!"

D. Rogasen, 6. April. [Saalbau. Jahrmarkt. Rosinen-gasse.]

Unsere Stadt gelangt in diesem Jahre durch den Neubau des Berenzischen Hauses in der Mühlstraße in den Besitz eines schönen Gebäudes und eines großen Saales. Die Ausführung des Baues ist dem Baumeister Weigt aus Posen übertragen und haben die Arbeiten am Fundament und den Kelleräumen bereits begonnen. Nach den vorliegenden Zeichnungen wird das Gebäude zu den schönsten und größten Bauten hiesiger Stadt gehören. - Der am 5. d. M. hier abgehaltene Jahrmarkt war, vom schönsten Weiter begünstigt, von Käufern und Verkäufern stark besucht, jedoch soll der Geschäftsumsatz im Allgemeinen kein großer gewesen sein. Pferde und Rindvieh waren in großer Menge zu Markt gebracht und waren die Preise des legeren sehr niedrig. - Ein besonders wunder Punkt unserer Straßenordnung ist die kleine Rosinen-gasse, welche vis-a-vis der Apotheke in die Posener-Straße mündet. Der Magistrat hat zwar dafür gesorgt, daß die Hausbesitzer den Bürgersteig gepflastert haben, doch sollte er nun auch seinerseits etwas zur Trockenlegung der Straße thun, vor allen Dingen aber nicht dulden, daß diese Straße zum Anlage von Guano-Plantagen benutzt wird, welche den süßen Namen dieser Straße in übel Geruch bringen.

n. Schwersen, 6. April. [Berichtigung.] In dem Berichte vom 2. April ist folgendes zu berichtigten. Nicht hr. Gottwald war der ausscheidende und nicht wiedergewählte Stadtverordnete, sondern hr. Wieler, welcher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die Wahl eines neuen Vorstehenden veranlaßt hat, in welcher hr. Gottwald zum Vorstehenden und hr. Bach zu dessen Stellvertreter gewählt wurden. Diese Wahl ist von der I. Regierung annullirt worden und bei der neu abgehaltenen Wahl sind diese beiden Herren nicht wiedergewählt worden.

** Wreschen, 5. April. [Todtentat. Umzugstermin. Kreislaufareal.] Bei den Todtenten besteht natürlich noch die aus dem Mittelalter überkommen Sitte, ihre Todten möglichst schnell unter die Erde zu bringen. Die hierbei, namentlich in Häßen von Scheintod, obwaltende Gefahr und andere Unzuträglichkeiten haben seiner Zeit zu einer Regierungsverfügung Anlaß gegeben, nach welcher die Beerdigung jüdischen Todten nur dann sofort erfolgen soll, wenn der Tod durch ein physikals. Attest konstatiert wird. Diese Bestimmung ist neuerdings hier Gegenstand eines Konflikts geworden. Es wird behauptet, daß zur Ausstellung der Beerdigungs-Atteste nicht nur der Physicus, sondern praktische Arzt befugt sei und diese Befugnis wird in Anspruch genommen. Die R. Regierung hat sich über die ihm desfalls zugegangene Petition noch nicht ausgesprochen. Wir wünschen dringend, daß man bei der Entscheidung darüber in erster Linie erwäge: ob der Ausnahmestand bei jüdischen Beerdigungen nicht überhaupt zu bestreiten. Auf einem irgend wichtigen Glaubenssache beruht die Sitte nicht - unter den Juden selbst herrschen über ihren Uhlprung verschiedene Meinungen. Da die letzteren auf allen anderen Gebieten des sozialen Lebens nach Gleichstellung mit den übrigen Konfessionen streben, werden sie mit der Befreiung der hier besprochenen Gewohnheit gewiß einverstanden sein. Für die ältere Klasse, der die schnellen Begräbnisse bei ihren beschränkten Wohnungsräumen allerdings eine Erleichterung sein müthen, mögen dann die Leichenhäuser zur Verfügung gestellt werden, wie es anderwärts und unter gleichen Umständen ja auch bei christlichen Armen geschieht. - Der Umzugstermin, der hier immer auf den 1. Mai gelegt war, hat in diesem Jahre am 1. April stattgefunden und ist damit einem allgemein gefühlten Bedürfnisse Genüge gethan. - Mit dem Bau des neuen Kreis-Lazaretts soll nunmehr, nachdem die Mittel dafür verfügbar geworden, zum Frühjahr ernstlich vorgegangen werden. - Das einzige hier bestehende auswärtige Vergnügungs-Lokal, das sogenannte „Döhl's Lust“ an der Miloslawer Chaussee, wird Ende d. M. subfakt. Es wäre zu bedauern, wenn es als Vergnügungsort einginge. Die schöne Baum- und Gartenanlagen und die wohnlische Einrichtung macht es während der Sommerzeit zu dem beliebtesten Spaziergänger.

□ Inowraclaw, 5. April. [Gymnasium.] Der Jahresbericht des hiesigen königl. Gymnasiums pro 1869/70 enthält eine wissenschaftliche Abhandlung des Gymnastallehrers Th. Duade: „Neben den Timoischen Frieden.“ Aus den Schulnachrichten entnehmen wir, daß die polnische Übersetzung des Programms laut Verfugung des Provinzial-Schul-Kollegiums künftig auf den Abschnitt „Chronik der Anstalt“ zu beschränken ist. Am Stelle des zu Ostern 1869 von hier verzeigten Lehrers Bischof trat der Lehrer Böhm zu Ostern 1869 als 6. ordentl. Lehrer ein. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres trat auch der Lehrer Kreidelhoff wieder ein, der im Winter 1868/69 den Turnfurius auf der Zentral-Turnanstalt mitgemacht hatte. Er rückte in die 7. ordentl. Lehrerstelle ein, während die Stelle an der Vorhülle dem Lehrer Sellner übertragen wurde. Die Schülerzahl betrug im Sommer 290. Davon waren Evangel. 117, Kathol. 113, Jüd. 60, Einheimische 164, Ausw. 126; mit deutscher Mutterspr. 186, mit poln. Mutterspr. 104. Im Winter: Ev. 115, Kath. 115, Jüd. 61, Einh. 165, Ausw. 126, deutsche M. 187, poln. M. 104, in Summa 291. In der am 6. u. 7. Sept. 1869 und am 14. März 1870 abgehaltenen Abiturientenprüfung erhielten 12 Primaner und 2 Extranei das Zeugnis der Reife. Am 8. April findet die öffentliche Prüfung im Gymnasium statt.

Aus dem Gerichtsaal.

■■■ Posen, 7. April. Die bisher zur Verhandlung gekommenen Sachen eigneten sich theils wegen ihrer Unrechtmäßigkeit, theils wegen ihres Inhalts nicht zum Bericht. Es soll nur erwähnt werden, daß der wegen Notzhuht angklagte Knecht Thomas Kuberski von dem ihm zur Last gelegten Verbrechen freigesprochen wurde. - Von Erbfeindschaft war die gestern zur Verhandlung gekommene Sache, betreffend die Anklage gegen den Tagelöhner Gracjowski wegen vorläufiger Brandstiftung. Der Sachverhalt ist folgender: Etwa 1/8 Meile südlich von der Drzonke nach Dolzig führenden Chaussee liegt das dem Gutsbesitzer v. Scaniecki gehörige Vorwerk Pinka. Zwischen dem Wirtschaftshof und der Chaussee liegt etwa 1/8 Meile von Drzonke entfernt in einem Thale und ringsum von Erlen gehölz umschlossen der zu Pinka gehörige Dorfbruch, in welchem ein ca. 60' langer und 30' breiter Dorfschuppen stand. Am Abende des 25. März 1869 brach in diesem Schuppen, in welchem sich außer der Dampfmaschine und Gerätschaften ca. 10,000 Stück Dorf befanden, Feuer aus. Der Schuppen brannte

ganz ab und war es nur schwer möglich, die umstehenden Bäume und den Vordergrund vom Feuer zu bewahren. Hätte das Feuer diese ergriffen, so war die dringendste Gefahr für das etwa 170 Schritte entfernte Tagelöhnerhaus entstanden. Durch den herrschenden Wind und das Umherfliegen des brennenden Rohrs war ohnehin jenes Wohnhaus in großer Gefahr. Das Gebäude nebst Inhalt war nicht versichert und beträgt der Gesamtschaden etwa 1200 Thlr. Da niemals Feuer und Licht in dem Gebäude gebracht wurden, so konnte darüber kein Zweifel obwalten, daß das Feuer böswillig angelegt worden ist. Als Thäter wurde sofort durch die öffentliche Meinung der 28 Jahr alte Tagelöhner Gracjowski aus Drzonke bezeichnet. Derselbe wurde im Februar 1869 durch den Steinseer Michałski aus Drzonke eines Diebstahls an Brettern, welche dem Hrn. v. Scaniecki gehörten, denunziert. Er wurde deswegen am 19. Mai 1869 durch Erkenntnis des Kreisgerichts zu Schrimm mit 1 Woche Gefängnis bestraft. Von dieser Zeit an äußerte der Angeklagte wiederholt gegen Michałski und Hrn. v. Scaniecki Rache-gedanken. Insbesondere äußerte er kurze Zeit vor dem Brande zu dem Tagelöhner Rawrocki: „der verfluchte Kerl hat mich wegen der Bretter angezeigt und ich werde sie müssen, was meinst du dazu, daß wir ihm den Dorfschuppen anstecken, wir wollen ihm das nicht schenken.“ Gegen Michałski brachte er seine Rachepläne dadurch in Ausführung, daß er denfelben, als er ihm im März 1869 eines Tages am Drzonke See traf, plötzlich dergestalt in den See stieß, daß er hätte ertrinken müssen, wenn ihm nicht fremde Leute zur Hilfe gekommen wären. - Am Braudabende, dem 25. März 1869, befand sich der Angeklagte mit seinem Haushofen Rawrocki bis gegen 11 Uhr im Krug zu Drzonke. Als um diese Zeit bekannt wurde, daß in der Richtung nach Dolzig zu Feuer ausgebrochen sei, verließen beide Personen den Krug, um sich zum Feuer zu begeben. Als sie jedoch gesehen, daß dasselbe jenseits der Stadt war, kehrten sie um. Unweit des Kapellenberges bei Drzonke erklärte Rawrocki seinem Begleiter, daß er müde sei und legte sich neben der Chaussee nieder. Plötzlich erklärte der Angeklagte dem Rawrocki, er möge liegen bleiben und ihn erwarten, er werde inzwischen ein Gelichter machen. Mit diesen Worten entfernte er sich und ging die Chaussee entlang nach Drzonke zu. Nach kurzer Zeit erhob sich auch Rawrocki und folgte dem Angeklagten. Als er seine Wohnung erreicht hatte, bemerkte er, daß der Angeklagte aus der Thür derselben trat und nach der Chaussee zuging. Rawrocki, welcher annahm, daß jener Holz aus dem Dorfbruch holte werde, folgte ihm in einiger Entfernung und bemerkte, daß er den Fußstieg zum See und von dort zum Dorfbruch einschlug. Rawrocki hatte das Wäldchen, welches den Dorfbruch umgibt, noch nicht erreicht, als er plötzlich an dem Dorfschuppen Feuer ausbrechen sah. Hierüber erstaunt ging er eine kurze Strecke zurück, bemerkte aber alsbald, daß der Angeklagte eiligst aus der Richtung des Feuers auf ihn zukam. Er hielt dem Angeklagten sofort vor, daß er das Feuer angelegt habe. Letzterer gestand dies auch ohne Weiteres zu und erklärte, mag es brennen. Beide begaben sich nun zum Feuer und beheiligten sich auch beim Löschens. Der Angeklagte entfernte sich jedoch bald wieder. - Durch die Zeugen wurde vorstehendes vollkommen bestätigt. Der Angeklagte leugnete diesen bestimmten Bezugstätigkeiten gegenüber hartnäckig und beschwerte sich lediglich darauf, daß die Angaben der Zeugen zu bestreiten, ohne auch nur etwas zu seiner Vertheidigung anzuführen. Die Vertheidigung befand sich daher nur in der Lage, die Beantwortung der Hauptthatsache den Geschworenen anheimzustellen, sie beantragte jedoch die Frage wegen des erschwerenden Umstandes, ob der brennende Dorfschuppen geeignet war, vermöge seiner Lage und Beschaffenheit, dem in der Nähe befindlichen Einliegerhäuse das Feuer mitzutheilen und ob dieser Umstand dem Angeklagten bekannt gewesen zu verneinen. Die Geschworenen brachten die Hauptthatsache, sowie die fernere, daß der brennende Dorfschuppen geeignet gewesen, dem Einliegerhause das Feuer mitzutheilen, verneinten dagegen die Frage, daß dieser Umstand dem Angeklagten bekannt gewesen sei. Der Gerichtshof verurteilte hierauf den Angeklagten nach dem Antrage der Rechtsanwaltschaft zu 3 Jahr Zuchthaus und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf gleiche Dauer.

Dasselbe Verbrechen der vorsätzlichen Brandstiftung hatte die heute zur Verhandlung gekommene Anklage gegen das 22jährige Dienstmädchen Adeline Warschauer aus Samter zum Gegenstande. Die Angeklagte, jüdischen Glaubens, war am 8. Januar 1870 bei dem Destillateur Motte zu Samter in Dienst getreten. Am 26. Januar 1870, Morgens etwa 6 Uhr, brach auf dem Motte'schen Gehöft, und zwar auf dem über der Remise befindlichen Bodenraume, Feuer aus. Dasselbe teilte sich sehr schnell dem Dache des neben der Remise befindlichen Destillationsgebäudes mit, wurde jedoch, da es sehr bald bemerkt wurde, schnell gelöscht. Bei der unmittelbaren Nähe der Destillation und des mit großen Quantitäten Spiritus gefüllten Kellers konnte das Feuer sehr gefährlich werden, wenn es auch in Wirklichkeit keine großen Schaden angerichtet hat. Der Verdacht, das Feuer vorsätzlich angelegt zu haben, lenkte sich auf die Angeklagte. Diese, ein Mädchen von angenehmem Aussehen und bisher unbescholtener Rufe, bef

Preußische Hagelversicherungs-Actien-Gesellschaft.

Genehmigt durch den Königs von Preußen Majestät unter dem 14. Mai 1866.

4. Juli 1864.

Grundcapital: Eine Million Thaler.

Emittirt: Thlr. 750,000.

Reservefonds muß statutenmäßig bis auf 500,000 Thaler angesammelt werden.

Obige Gesellschaft versichert Bodenerzeugnisse gegen Hagelschaden. Die Prämien sind fest und billig. Nachschläge werden also niemals erhoben. Die Schäden werden wie in den früheren Jahren coulant unter Beziehung von Landesdeputirten regulirt und spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung voll undhaar bezahlt.

Die versicherten Getreidepreise werden bei der Schadeneberechnung stets innegehalten selbst, wenn dieselben höher als die jeweiligen Marktpreise sind.

Versicherungen auf mehrere Jahre genießen einen angemessenen Prämien-Rabatt, welcher sofort von der Jahresprämie in Abzug gebracht wird.

Die ergebenst unterzeichnete General-Agentur-Verwaltung ist zu jeder näheren Auskunft, sowie zur Vermittlung und Ausführung von Versicherungs-Anträgen stets bereit und empfiehlt dem verehrten landwirtschaftlichen Publikum angelehnendst zu diesem Zweck nachstehend die Herren Vertreter der Gesellschaft im Regierungs-Bezirk Posen.

Geschäfts-Resultate.

1865: Versicherungssumme	8,356,400	Thaler, Einnahme	82,600	Thaler, bewilligter Rabatt
1866: do.	17,668,600	do.	185,985	do. excl. 9,500 Thaler.
1867: do.	30,071,700	do.	302,072	do. do. 15,500 do.
1868: do.	44,928,500	do.	459,726	do. do. 21,880 do.
1869: do.	52,740,000	do.	523,280	do. do. 25,330 do.

Die Prämiensätze müssen in jedem Jahre die niedrigsten der coalirten Actien-Concurrenz sein; außerdem wird darauf der vereinbarte Rabatt alljährlich bewilligt.

Berlin, im April 1870.

Die General-Agentur-Verwaltung. Szymanowski.

Regierungs-Bezirk Posen.

Antonin, Herr Gust. Dittrich.
Bentschen, Herr Wolter, Kfm.
Birnbaum, Herr A. Heintze, Kfm.
Bajanowo, Herr Louis Landsberg.
Bomst, Herr J. Cohn.
Borek, Herr J. Smiechowski, Kfm.
Buk, Herr J. Bellach.
Dobrajewo, Herr Carl Kubicki.
Dolzig, Herr Burzynski, Kämmerer.
Dobrozyca, Herr Pflegel, Postexpediteur.
Fraustadt, Herr Hauckold, Kreishierarzt.
Grabow, Herr A. Gruszcynski.
Gostyn, Herr Langner, Kfm.
Gościejewo, Herr E. Wilde.
Jarocin, Herr Beym, Apotheker.
Jutroschin, Herr M. A. Sandberger.
Jaraczewo, Herr Salomon Zucker.
Kempen, Herr Friedlaender, Kfm.
Kobylin, Herr N. Gregorowicz, Lehrer.
Kosten, Herr G. Schmidt.
do. Herren Löwenstein & Weinholdt.
Kozmin, Herr H. Wigandt, Kfm.
Kroeben, Herr Schmidt, Postexpediteur.
Krotoschin, Herr Th. St. Blanquart.
Kurnik, Herr C. Beyer jun.
Lissa, Potn., Herr Rud. Dolscius, Gutsbes.
Lowencin, Herr E. Schwabe, Gutsbes.
Meseritz, Herr Knothe, Secretair.
Milostaw, Herr A. Mendelsohn, Kfm.
Mur. Goślin, Herr Brüning, Hotelbesitzer.
Neuvorwerk, Herr Oppenheimer, Gutsbes.
Neutomyst, Herr W. Peickert.

Ostrowo, Herr Simon Spiro, Kfm.
Obornik, Herr A. Stiller, Kr.-Kassen-Gehilfe.
Paulshof, Herr Meider, Gutsbesitzer.
Piechamin, Herr Emil Dankwarth.
Pinne, Herr Cynke.
Pleschen, Herr E. Heppner, Kfm.
Posen, Herr Mulert, Reg.-Secretair.
Pogorzella, Herr Alb. Schmidt, Bürgerstr.
Priment, Herr Lämmchen, Postexpediteur.
Rackwitz, Herr Dav. Oettinger, Kfm.
Rawicz, Herr Otto Kusche.
Raszkow, Herr Szczawinski, Lehrer.
Santomysl, Herr L. Jarnatowski.
Samter, Herr Karpewski, Conditor.
Schrimm, Herren H. Cassriel & Co.
Schroda, Herr von Radziszewski.
Schwerin a. W., Herr Dr. von Braun.
Schwarsenz, Herr Mor. Wiener, Kfm.
Schmiegel, Herr Siegfried Priebsch.
do. Herr A. Lisewski.
Schildberg, Herr Salomon Unger.
Stenschewo, Herr Cichowicz, Postexpeditions-Vorsteher.
Tlukawy, Herr Hauffe, Gutsbes.
Unruhstadt, Herr Th. Beckmann.
Wollstein, Herr Neizelt, Kfm.
Wreschen, Herr F. Rakowski, Kfm.
Wronke, Herr Lippmann, Kfm.
Xions, Herr G. Scholz.
Zerkow, Herr Herrm. Goldbaum.
Zirke, Herr Hoffmann, Rentier.
Zduny, Herr Adami, Güter-Agent.

GERMANIA, Hagel-Versicherungs-Gesellschaft für Feldfrüchte zu Berlin, gegründet im Jahre 1849.

Als Vertreter dieser Gesellschaft empfiehle ich dieselbe dem verehrlichen landwirtschaftlichen Publikum und bin jederzeit zur Annahme von Versicherungs-Anträgen bereit. Statuten und Antrags-Formulare werden bei mir verabreicht.

Grätz, den 6. April 1870.

Der Agent A. Unger.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)
heilt brieslich der Spezialarzt für Epilepsie Doctor O. Killisch
in Berlin, jetzt: Luisenstraße 45. — Bereits über hundert geheilt.

Geschäftsanzeige.

Vom Monat Mai c. ab verlege ich mein Kolonialwaren-, Tabak-, Cigarren- und Wein-Geschäft in das Grundstück des Posthalters Herrn Steffenhagen, und verbinde dasselbe mit einer feinen

Restauration.

Auch empfehle die Räumlichkeiten und Stallungen dem reisenden Publikum und bitte, das mir bisher gütigst geschenkte Vertrauen und Wohlwollen mir auch fernerhin zu Theil werden zu lassen.

Mogilno, im April 1870.

Ewald Rudolph.

Bad Königsdorff-Jastrzembs

in Ober-Schlesien.

Beginn der Saison am 15. Mai d. J.

Bestellungen auf Wohnungen sind an die **Bade-Inspection** zu richten. Ausser Herrn Dr. Eugen Juliusberg wird der königl. Sanitätsrath Herr Dr. Jacobi als Badearzt fungiren.

Bad Driburg.

Westfalen.

Dauer der Saison vom 15. Mai bis 15. September.

(Station der Altenbeder-Kreisener Eisenbahn, Telegraphen- und Poststation.)

Seit länger als einem Jahrhundert als stärkstes eisenhaltiges Mineralbad Europas bekannt. Ausgezeichnete Heilapparate für Blutarmut, Bleichucht, Hyysterie, Nervenschmerzen, Hypochondrie und andere chronische Nervenleiden, Rheumatismus, Hämorrhoiden, Haustrankheiten und Frauenkrankheiten etc.

Reizende, rings von bewaldeten Bergen des Teutoburger Waldes geschützte Lage. Entfernung von der Stadt Driburg 10 Minuten. Zahl der durchgehends gut und elegant eingerichteten Wohnungen und Salons durch Neubauten erheblich vermehrt. Die vorzüglichsten durch Dampf erwärmten Eisenbäder durch Fassung neuer Mineralquellen fast ums Doppelte vermehrt.

Schwefelschlamm-, Salz- und Schwefelwässerbäder.

In der großen mit Rauschläden aller Art versehenen Trink- und Wandel-Halle werden (außer dem Driburger Mineralbrunnen) Molten, Hersterbrunnen, sowie sämtliche andere Mineralwässer verabreicht.

Restauration auf eigene Rechnung und unter Aufsicht der Badeleitung. Reingehaltene Weine. Gute Küche. Table d'hôte; soupers und diners à la carte.

Morgens, Mittags und Abends böhmische Musik. Kaffee-, Billard-, Musik- und Lesezimmer mit Bibliothek.

Schöne Park- und Promenaden-Anlagen bis weit in's Gebirge. Vorzügliche Gräflich Sierstorffsche Gemälde-Galerie.

Brunnenaarzt: Geh. San.-Rath Dr. Brück. Die Verwaltung des Bades leitet der Administrator Vollmer zu Driburg, welcher jede nähere Auskunft ertheilt und Wohnungs- und Wasserbestellungen entgegen nimmt.

Eleganter Omnibus des Bades zu allen Zügen an der Eisenbahn, bezeichnet:

Kurhäuser des Bades Driburg.

Hierdurch bechre ich mich, Ihnen die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich unterm heutigen Tage am hiesigen Platze, Jesuiten- u. Wasserstrahlen-Ecke 1/31 (im Hause des Herrn Kunkel) ein

Leder-Geschäft en gros

eröffne.

Hinreichende Geschäftskenntnisse sowie genügende Mittel setzen mich in den Stand, allen Ansforderungen zu genügen, und empfiehle ich mein Unternehmen ihrem geneigten Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Heinrich Urban.

Amerikanischen weißen

Pferdezahn-Mais,

franz. Luzerne, Roth-, Weiß- und Gelb-Alee, ital. und engl. Rottgras, Thymoshee, Knauengras, Schafswiegel, gelbe und blaue Lupinen, gr. und fl. Spörgel, sowie alle übrig n. Sämereien empfiehlt in frischer Ware

C. Brüggemann in Gnesen.



200 Fetthammel

stehen auf dem Vorwerk Opatówko bei Wreschen zum Verkauf.

Markt-Anzeige.

20,000 Paar Glacé-, Gem., Hirsch-, leder-, Militair-, seidene Zwirn-Handschuhe, empfiehlt ich auch diesmal in schöner Ware zu billigen Preisen.

C. J. Fischer.

Handschuhfabrikant aus Berlin, gegenüber der Weinhandlung von Herrn Goldenring.

Gardinen,

von 3½ Sgr. an, sowie auch Sonnenschirme, Strohhüte, Crinolins, Korsets und Weißsüttiereien in großer Auswahl zu auffallend billigen Preisen

S. J. Misch. Markt 60.

Um Ratten und Mäuse, selbst wenn solche noch so massenhaft vorhanden sind, sofort spurlos zu vertilgen, offerre ich meine giftfreien Präparate in Sacheteln zum Preise von 15 Sgr., welche den in dieser Beziehung so oft und erbärt getriebenen Preissereien jetzt nummehr „für immer“ ein gewisses Ziel setzen.

E. Sonntagh.

Arznei- und Chemiker in Wetzelmunde NB. Alleinges. Depot für Posen und Umgegend bei

Herrmann Moegelin,

Bergstraße Nr. 9.

פָּנָה

empfiehlt alle Sorten Liqueure, Dopp.-Branntwein, Spiritus, Essig, Sprit und Meth zu billigen Preisen.

Berkaufsstätte Judenstraße Nr. 5, angebet hat auch S. Auerbach.

lich der

Thorner Pfefferkuchen

werden während des Marktes in der Bude, gegenüber von Herrn Schwersentzky, verkauft.

בְּגָתָה

Gustav Weese aus Thorn.

Kiesler Bücklinge.

empfiehlt

מְשִׁקְמַם עַל פֶּסַח

Jerusalem Wein und Branntwein, Bier-Gelee, wie auch Ungar-Wein

Meyer Hamburger.

Judenstraße 27.

2000 Scheffel gesunde Kartoffeln

hat Dom. Klein-Sokolniki bei Samter zu verkaufen.

Kluppen

und Bohrer nach Whitworth in de

Aug. Hamann, Berlin, Kaiserstr. 44.

In heißer Milch oder Wasser aufgelöst Dr. H. Müller'sche Katarrh-

-pröddchen gegen Husten, Hals- und Brustweh, Verschleimung, sind wunderbar schnell wirkend, zu haben in Beuteln à 3 und 6 Sgr. bei Herr-

mann Moegelin, Bergstr. 9.

Pr. Lott.-Loose, 1/1, 1/2, 1/4, 1/8, 1/16

am billigsten bei Borchard, Berlin, Kro-

nenstraße 55.



FRISTER & ROSSMANN,

Nähmaschinen-Fabrik, empfehlen ihre Doppelfleißige-Nähmaschinen für Familiengebrauch auf elegantem Nussbaum- oder Mahagoni-Tisch mit Verschlüsse und sämtlichen Apparaten zu Fabrikpreisen. Illustrirte Preis-Courante und Nähproben gratis. Verpackung und Unterricht frei. Garantie 2 Jahre.

Berlin, Leipzigerstrasse 112.

Niederlage für den Bucker Kreis bei

M. Plasterk in Grätz.

Bezugnehmend auf vorstehende Annonce bitte ich um recht zahlreiche Aufträge, und kann ich diese Nähmaschinen als außerordentlich gut empfehlen.

Grätz.

M. Plasterk.



die seit Jahren in Hunderten von Exemplaren zur Zufriedenheit der Empfänger lieferte.

Meine neu konstruirten leichten praktischen Drills billig.

Hundert Morgen Drill à 150 — 160 Thaler,

empfiehlt besonders für mittlere und kleinere Wirtschaften.

Diese Drills sind mit allen Vorzügen der grossen teuren Maschinen ausgestattet; sie haben eine begrenzte Steuerung hohe leichttreibende Räder, Löffel an Stiel und vor vielen Jahren verworbenen Saatschalen, Regulator und alle sonst wissenswerten Apparate, so dass sie für alle Fruchtgattungen in jedem, wegen ihrer Leichtigkeit auch vorzüglich copiiren Terrain sehr vortheilhaft anzusehen sind.

Drillmaschinen empfohlen den Herren Landwirthen in allen Spur- u. Reihenfruchtfarten mit u. ohne Dihlzelzen; vorzüglich mehr läufig bekanntest.

ofters primitiv.

11., 14., 16 reihigen 6 breiten Drills billig.

Meine neu konstruirten leichten praktischen Drills billig.

Die seit Jahren in Hunderten von Exemplaren zur Zufriedenheit der Empfänger lieferte.

Meine neu konstruirten leichten praktischen Drills billig.

Hundert Morgen Drill à 150 — 160 Thaler,

empfiehlt besonders für mittlere und kleinere Wirtschaften.

Diese Drills sind mit allen Vorzügen der grossen teuren Maschinen ausgestattet; sie haben eine begrenzte Steuerung hohe leichttreibende Räder, Löffel an Stiel und vor vielen Jahren verworbenen Saatschalen, Regulator und alle sonst wissenswerten Apparate, so dass sie für alle Fruchtgattungen in jedem, wegen ihrer Leichtigkeit auch vorzüglich copiiren Terrain sehr vortheilhaft anzusehen sind.

Guanostreu-Maschinen empfiehlt meine seit Jahren bewährten, jeden künstlichen Dünger gut streuenden Maschinen.

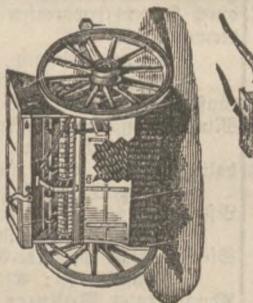
Pferde-hacken liefern meine seit Jahren bewährten, jeden künstlichen Dünger gut streuenden Maschinen.

Sämannstreuer-Maschinen gebe auf Probe.

Taylor und Smith sehen Haken.

Alw. Tatz, Maschinenfabrik u. Eisengießerei.

Halle a. d. S.



Sämannstreuer-Maschinen gebe auf Probe.

Taylor und Smith sehen Haken.

Alw. Tatz, Maschinenfabrik u. Eisengießerei.

Halle a. d. S.

על פסח

Wo kauf man gut und billig alle Sorten Backobst, Matzemehl, Gurken, Honig, frische Butter und Fett? — Bei Samuel Jarecki, Judenstr. 27.

Original-Staats-Loose sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.

1/4 Million

als Hauptgewinn, überhaupt aber 28,900 Gewinne von ev. Thlr. 100,000 — 60,000 40,000 — 20,000 — 12,000 10,000 — 2mal 8000 — 3mal 6000 — 4mal 4800 — 5mal 4000 — 5mal 3600 — 7mal 2400 — 21mal 2000 — 4mal 1600 — 36mal 1200 126mal 800 — 206mal 400 etc.

bietet die von der hohen Regierung genehmigte und garantierte große Geldverlosung. Die Einrichtung dieses Unternehmens, bei welchem weit über die Hälfte der Lose mit Gewinnen gezogen werden müssen, ist eine so vortheilhafte und die Aussicht auf Gewinn eine so große, wie solche selten geboten wird.

Bei der schon am 20. dieses Monats stattfindenden 1. Ziehung lösen Ganze Orig.-Loose 2 Thlr. Halbe 1

Viertel 15 Sgr. wobei wir ausdrücklich bemerken, daß von uns die wirklichen, mit dem amtlichen Stempel versehenen Original-Lose verändert werden.

Das unterzeichnete Handlungshaus wird geneigte Aufträge gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages sofort ausführen u. Verlosungspläne gratis befügen, ebenso amtliche Ziehungslisten den Los-Inhabern prompt übermitteln. Wir versenden die Gewinne nach jedem Orte oder können solche auf Wunsch der Teilnehmer durch unsere Verbindungen in allen Städten Deutschlands auszahlen lassen; man genießt somit durch den directen Bezug alle Vorteile.

Da die Ziehung in aller Kürze beginnt und die noch vorrathigen Lose bei den massenhaft eingehenden Aufträgen, rasch vergessen sein dürften, so beliebe man sich baldigst u. direct zu wenden an

Bottenwieser & Co., Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.

Die unterzeichnete Maschinenbau-Anstalt empfiehlt bei herannahender Frühlingszeit den geehrten Herren Landwirthen ihr reich assortirtes Lager verschiedener **Pflüge, Drills, sowie Breitsäemaschinen und Torsstechmaschinen.**

Die Bauanstalt landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe von H. Cegielski zu Posen.

Franz Christoph's Fußboden-Glanz-Lack.

Diese vorzügliche Komposition ist geruchlos, trocknet sofort nach dem Anstrich hart und fest mit schönem gegen Nässe haltbarem Glanz, ist unbedingt eleganter und bei richtiger Anwendung dauerhafter wie jede andere Anstrich. — Die beliebtesten Sorten sind der gelbbraune Glanzlack (deckend wie Oelfarbe) und der reine Glanzlack. Preis pro Pfund 12 Sgr.

Franz Christoph in Berlin.

Alleinige Niederlage für Posen bei Herrn

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Echt engl. Double Brown Stout Porter, Märzgebräu von Barclay, Perkins & Comp. in London, sowie Pale Ale und Burton Ale empfiehlt in Oxford und Flaschen billigst

A. Cichowicz.

ין כשר על פסח בחכש

Zum bevorstehenden Osterfeste empfehlen mir unser wohl assortirtes Lager herber und früher Ober-Ungarweine, sowie Franz- u. Muscat-Weine zu soliden Preisen.

Posner & Cohn,
Weingroßhandlung.

33. Preußische Lotterie-Loose. 33.

Originales 1/1 à 80 Thlr., 1/2 à 35 Thlr., 1/4 à 17 Thlr. Anteile: 1/4 à 16 Thlr., 1/8 à 8 Thlr., 1/16 à 4 Thlr., 1/32 à 2 Thlr. zur Hauptziehung vom 14. April bis 2. Mai (Hauptgewinn 150,000 Thlr.), sowie Frankfurter Stadt-Lotterie-Original-Loose pro Viertel à 15/8 Thlr. (Schulziehung 30. März bis 23. April) und Pferde-Loose à 1 Thlr. versendet gegen Einsendung des Betrages oder per Postvorrichuß C. Hahn in Berlin, Lindenstr. 33.

Gratis zu haben in allen Buchhandlungen:

B. G. Teubner's Schulkatalog.

Verzeichniss der Ausgaben griechischer und lateinischer Classiker. — Lehr- und Hülfsbücher für alle Disciplinen des Unterrichts an Gymnasien, Progymnasien, Real- und anderen höheren Schulen. — Bei neuer Einführung eines Buches Freixemplare für Lehrer und arme Schüler.

Kgl. Pr. Orig.-Lott.-Loose
verl. u. verf. auch geg. Postvorsch. 1/1, 1/2, 1/4 (Verl.) auch auf gedr. Antl. 1/8 8 Thlr. 1/16 4 Thlr., 1/32 2 Thlr. das älteste Lotterie-Comptoir von M. Schereck, Berlin, Breitestr. 10. — 8 Hauptgewinne fielen bereits in mein Debit.

Bukarester Prämien-Anleihe in Originalstücken

à 5 1/4 Thlr. pro Stück. Nächste Ziehung am 1. Mai c. mit Hauptgewinnen von 100,000 Frs. rc.

Auswärtige Aufträge effektuirt umgehend.

Siegmund Sachs,
Posen, Markt 87.

Original-Staats-Loose

sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.

Man biete dem Glücke die Hand!

250,000

als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verlosung, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.

Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäß kommen in wenigen Monaten 28,900 Gewinne zur Sicherung Entscheidung, darunter befinden sich die Haupttreffer von 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 3 mal 15,000, 4 mal 12,000, 4 mal 10,000, 5 mal 8000, 7 mal 6000, 21 mal 5000, 35 mal 3000, 126 mal 2000, 205 mal 1000, 255 mal 500, 350 mal 200, 13,200 mal 110 etc.

Die nächste Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-Verlosung ist amtlich festgestellt und findet

schon am 20. April 1870 statt

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Staats-Loos nur Thlr. 2 — Sgr.

1 halbes

1 viertel

1/16

gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrags.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhält Jedermann von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgefordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt und kann durch direkte Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut offiziellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt.

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der **solidesten Basis** gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Beteiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nahen Ziehung halber** alle Aufträge **boldigst direct** zu richten an

S. Steindecker & Comp.,

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.
Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Aktien und Anlehnen-Loose.

Wer nichts wagt, gewinnt nichts!

Bu den am 20. I. M. beginnenden Haupt-Gewinn-Ziehungen der großen, von der hohen Regierung genehmigten und garantirten Geldverlosung, wobei binnen wenigen Monaten die Summen von weit über vier Millionen in Sumsen von 250,000, 200,000, 190,000, 180,000, 170,000 im glücklichen Fall gewonnen werden müssen, verkaufe ich

amtlich ausgestellte Original-Staatsloose

zu 2 Thaler das Ganze, 1 Thaler das halbe, 15 Groschen das Viertel, gegen Einsendung (Posteinzahlung) oder Nachnahme des Betrags.

Amtliche Pläne, die über alles Wissenswerthe Auskunft geben, sowie amtliche Gewinnlisten nach jeder Ziehung pünktlich unentgeltlich. Gewinnerden stehen sofort zu Diensten. Für die sichere Auszahlung der Gewinner steht den Besitzern der Lose der Staat Garantie! Bei dieser gewinreichen jede vom Publikum mit Recht verlangte Sicherheit bieten Gewinnverlosung lädt höchstlich ein

Siegmund Levy,

Staats-Effekten-Geschäft, Hamburg, Bleichen 31.

Vom 14. April bis 2. Mai
Haupt- und Schluss-Ziehung

K. Pr. Staats-Lotterie.

Hierzu verkauft und versendet Loose:

1/1	1/2	1/4	1/8
80 Thlr.	40 Thlr.	20 Thlr.	10 1/2 Thlr.

1/16	1/32	1/64
5 1/4 Thlr.	2 5/8 Thlr.	1 1/2 Thlr.

Alles auf gedruckten Antheilsscheinen, gegen Postvorschuss oder Einsendung des Betrages

Staatseffectenhandlung Max Meyer.

Berlin, Leipzigerstrasse 94.

Im Laufe der letzten 10 Jahre fielen in mein Debit Thlr. 100,000, 40,000, 30,000, 20,000 etc.



EAU DES FEES

allein zur Welt-Ausstellung von 1867

zugelassen,

allein belohnt in der Ausstellung in Havre 1868, patentirt als Lieferant S.

R. H. des Prinzen Napoleon.

Präparat nach der Methode

des Dr. Morel.

Das EAU DES FEES (Wasser der Seen) hat das Problem der progressiven Haarfärbung für Bart und Haupthaar definitiv gelöst. Man kann mit Wahrheit behaupten, daß es der höchste und letzte Ausdruck der auf die Kunst des Chemikers

